

Volksbeobachter-Zeitung

Mittwoch, 18. Februar 1931
Jahrgang, Nummer 41

Die Kampfnummer zum 1. März organisiert - werdt!

Preis: 10 Pf. + ...
Verlag: ...

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, ...
Verlag: ...

Ein Alarmsignal für die SPD.-Arbeiter!

Paul Löbe für die braune Mordpest

Edstein gegen Löbe — ein „linkes“ Betrugsmanöver / Görings Bürgerkriegspläne

Die Breslauer Arbeiterchaft wird heute auf Miesplatz zu einer großen Versammlung gegen die Nazis aufgerufen. In dieser Versammlung soll auch der in Steine von den Nazis misshandelte Sozialdemokrat Hanad über die Vorgänge jener Schlacht Bericht erhalten. Die sozialfaschistische Bürokratie Breslaus glaubt damit gewiß einen besonders klugen Schachzug zu tun, um die SPD.-Arbeiter über die feige elende Kapitulation hinwegzutäuschen, die wir auch dem Ueberfall in Steine in unserer Zeitung an den Pranger gestellt haben.

Die „Volkswacht“ hat nicht den Mut gehabt, gegen jene Anpreisung ein Wort zu schreiben. Jeder Versuch hierzu muß auch von vornherein scheitern. Ebenso wie die kommunistischen Arbeiter wissen auch die sozialdemokratischen, daß die Nazis jetzt in Schlesien im Handumdrehen erledigt wären, wenn die SPD.-Führer ihre Gefolgschaft zu der gleichen Offensiv gegen das Hakenkreuz mobilisieren würden wie die KPD. Warum tun sie das nicht? Weil diese Führer das gar nicht mehr können. Sie sind selbst bereits auf dem besten Wege, in eine Front mit dieser Mordbande einzurücken. Dafür heute zwei durch nichts zu erschlitternde Beweise. Noch immer ist Paul Löbe der „Heros“ nicht bloß der Breslauer SPD., sondern ganz Schlesiens. Aber in Breslau hat sein Name ein besonderes Gewicht. Was tut Löbe? Er marschiert an der Spitze jener Einseitiger der hilflosen Zertrampfung der Demokratie im Reichstag und hat hierzu in diesen Tagen einen direkt aufreizenden Beweis geliefert, vom dem Herr Dr. Mierendorff, der heute in Breslau spricht, nicht einen Zota zu befeitigen imstande sein wird. Hier ist er:

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte Ende voriger Woche eine Interpellation über die Verbindungen zwischen Nationalsozialisten und den Reichswehrbehörden eingereicht, die wir bereits im Wortlaut veröffentlicht haben. Der Reichstagspräsident Löbe gab darauf folgende Antwort:

Der Präsident des Reichstages.
I. 702. Berlin NW 7, den 14. Februar 1931.

Zu die kommunistische Reichstagsfraktion hier.

Die anliegende Interpellation bedauere ich nicht in Druck geben zu können, weil sie den Erfordernissen des neu beschlossenen § 55 der Geschäftsordnung nicht entspricht. Insbesondere müssen die rot angestrichenen Stellen befeitigt werden.

Ich lege einige Interpellationen der 1. Legislaturperiode

1912/14 zur gefälligen Kenntnisnahme bei, deren vorläufige präzisere Fassung sich auch für unsere gegenwärtigen Zeitverhältnisse eignen würde.

Die Stellen, die auf Grund des Löbeschen Mass befeitigt werden müssen, haben folgenden Wortlaut:
„Jetzt wurde eindeutig festgestellt, daß die nationalsozialistische Führerschaft unter dem Schutz der republikanischen Behörden die Bewaffnung durchführt und daß die nationalsozialistische Organisation in den Behörden offene Helfer hat, um ihre Mordpolitik gegen die Arbeiter durchzuführen zu können und den Mördern die Flucht zu ermöglichen. Dies ist die Fortsetzung des Systems, dem schon Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Opfer fielen und das ihren Mördern zur Flucht verhalf.“

Löbe wohnt jetzt zwar in Berlin, aber er ist noch immer Breslauer. Er kennt Jäschkowicz, er kennt auch den seligen Ueberfall in Steine. Er weiß auch, daß noch in voriger Woche der berühmte Sturmführer Hauptmann Stennes zur Bewaffnung in Breslau war. Es gibt kaum noch eine Gegend im Reich, wo die Nazis so offen und unverhüllt den Arbeitermord betreiben, aber, ihr Breslauer SPD.-Arbeiter, hört es:
Euer Löbe, der linke Löbe, derselbe Löbe, der vor 25 Jahren ein Jahr Gefängnis erhielt, weil er die schlesischen Arbeiter aufforderte,

so zu kämpfen, wie die russischen Arbeiter in der Revolution von 1905. Dieser Löbe duldet nicht, daß im Jahre 1931 im Reichstag Tatsachen festgestellt werden.

Und trotzdem wird heute der Sozialdemokrat Mierendorff in Breslau gegen den Faschismus — reden. Wollt ihr euch so betrogen lassen? Nun der zweite Beweis dafür, daß die SPD.-Führer keinen Kampf mehr gegen das Hakenkreuz führen können.

In der neuesten Nummer des „linken“ Klassenkampfes beklagt sich ein „linker“ Breslauer SPD.-Mann, vermutlich Herr Ziegler, über den Kampf, den unter Führung des Reichsbanners die rechten Sozialdemokraten gegen die „Linken“ führen. Er stellt fest, daß führende Reichsbannerfunktionäre in geheimen Konferenzen einen regelrechten Schlachtplan gegen die „Linken“ ausgeheckt hatten. Man hat Leute gegen diese „Linken“ zum Sturm in Versammlungen geschickt, denen erst am Vormittag desselben Tages ein Mitgliedsbuch gekauft worden war.

Was aber haben die „Linken“ Führer darauf geantwortet? Sie lassen heute Dr. Mierendorff in Breslau gegen den Faschismus sprechen, einen ausgesprochenen vollkommen rechts orientierten Göring-Garbißen. Ein weiser Kommentar zu diesen beiden aufgeführten Beweisen ist nicht mehr notwendig. Beide reden eine so eindeutige klare Sprache, daß jeder ehrliche SPD.-Arbeiter sie verstehen wird.

Wir besprechen heute an der Spitze zwei aufreizende Beweise für unsere Behauptung, daß die SPD.-Führer einen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus gar nicht führen wollen. Als wichtigsten Beweis zeigen wir die schamlose Rolle auf, die zur Zeit der „linke“ Paul Löbe im Reichstag spielt. Wie recht wir mit unserer Beweisführung haben, dafür müssen jetzt selbst die engsten Freunde des Herrn Löbe zeugen.

In der auch in der Spitze erwähnten Nummer des „Klassenkampfes“, die am 15. Februar erschienen ist, beschäftigt sich der Klausurmeister Walter Müllers, Dr. Edstein, mit der unter Führung

von Löbe im Reichstage durchgeführten Veränderung der Geschäftsordnung und kommt dabei zu einem vernichtenden Urteil darüber. Wir werden morgen noch ausführlich auf diesen Artikel zurückkommen. Wir beschränken uns heute, kurz darauf hinzuweisen, daß Dr. Edstein ganz besonders scharf diese von Löbe verherrlichte Veränderung der Geschäftsordnung u. a. auch ganz besonders scharf in jenem Teil angreift, die Herrn Löbe jetzt veranlaßt hat, die Interpellation zurückzuziehen, die unsere Fraktion eingereicht und die wir in der Spitze besprechen. Edstein nennt die geänderte Geschäftsordnung eine Selbstentmannung des Parlaments und sagt am Schluß, daß zur „angeblichen Rettung der Demokratie die demokratischen Rechte preisgegeben werden.

Edstein erklärt somit seinen Freund und Gönner Paul Löbe als offenen Wegbereiter des Faschismus; aber es versteht sich von selbst, daß es sich hierbei um ein neues Betrugsmanöver handelt. Edstein hat ja darin etwas los. Wir werden morgen diesen Beitrag noch deutlicher erläutern. Für heute dürfte das, was wir in der Spitze dazu gesagt haben, ausreichen.

Ein linkes Betrugsmanöver!

Edstein gegen die Zertrampfung der Demokratie durch Löbe

Wir besprechen heute an der Spitze zwei aufreizende Beweise für unsere Behauptung, daß die SPD.-Führer einen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus gar nicht führen wollen. Als wichtigsten Beweis zeigen wir die schamlose Rolle auf, die zur Zeit der „linke“ Paul Löbe im Reichstag spielt. Wie recht wir mit unserer Beweisführung haben, dafür müssen jetzt selbst die engsten Freunde des Herrn Löbe zeugen.

In der auch in der Spitze erwähnten Nummer des „Klassenkampfes“, die am 15. Februar erschienen ist, beschäftigt sich der Klausurmeister Walter Müllers, Dr. Edstein, mit der unter Führung

Holzarbeiterstreik in Niesky

Die Unternehmer wollen 10 Prozent Lohnabbau

Niesky, Kreis Görlitz, 17. Februar. Die Holzarbeiter der Abteilung Holzbau bei der Firma Christoph & Unmack sind gestern vormittag in den Streik getreten. Ursache hierzu ist eine von der Firma geforderte Herabsetzung der Löhne, und zwar der Spitzenlöhne für Holzarbeiter von bisher 88 Pfennig je Stunde auf 80 Pfennig. Die Firma begründet diese Forderung mit der außerordentlich schlechten Konjunktur und dem allgemeinen Preisabbau. Von den Arbeitnehmerorganisationen war eine Lohnkürzung von 4 bis 6 Pfennig je Stunde in Vorschlag gebracht worden. Die Firma Christoph & Unmack, deren Abteilung Wagon- und Maschinenbau von dem Streik nicht berührt wurde, gibt durch Anschlag bekannt, daß Arbeitswillige zu einem Spitzenlohn von 80 Pfennig sofort eingestellt werden.
Die Holzarbeiter der obigen Firma haben erklärt, daß sie einen Lohnraub nur durch den Streik abwehren können. Und deshalb sind sie in den Streik getreten und haben das verräterische Lohnabbauangebot der Gewerkschaftsbürokratie zurückgelehnt. Die Begründung der Firma mit dem allgemeinen Preisabbau ist ein ganz gemeiner Schwindel, weil ja in den letzten Wochen das reine Gegenüber der Arbeiterchaft zu spüren bekommen hat. Der Streik der Holzarbeiter muß auf den ganzen Betrieb ausgedehnt werden. Die Kollegen haben sich solidarisch mit den Streikenden zu erklären, weil die Lohnraubfirma sich nicht mit einem Lohnabbau bei Holzarbeitern begnügen wird.
Die Streikleitung muß sofort eine Betriebsversammlung der Ge-

samtschaft einberufen, die zum Streik Stellung nimmt und den Beschluß auf Ausdehnung des Streiks auf alle Betriebsabteilungen fassen muß.

Schufo soll gegen Arbeiter eingesetzt werden

Am 11. und 12. Februar fand in Berlin eine zentrale Konferenz der Reichsbannerführer der wichtigsten Gauen statt. In dieser Konferenz wurde über die militärischen und technischen Angelegenheiten, insbesondere über die Vorbereitung einer Aktion im Falle eines Aufstandes, im Falle von kommunistischen Unruhen gesprochen.
Den Schuß-Angehörigen soll eingeredet werden, daß die Kommunisten am 25. Februar, dem internationalen Kampfstag gegen Arbeitslosigkeit, einen Aufstand machen wollten. Damit will man die Reichsbanner-Mitglieder gegen die ausmarschierenden Erwerbslosen und Betriebsarbeiter hegen. Auf den militärischen, bürgerkriegsmäßigen Charakter des Reichsbanners weisen die zahlreicheren, bürgerkriegsmäßigen Gelände-, Schießübungen und Nachtausmärsche des Reichsbanners hin. Wir wollen diese Tatsache heute mit einigen konkreten Angaben belegen.
In Essen-Kray hielt am 12. Februar, um 19 Uhr, die Schufo in Stärke von 20 Mann in vorchristlicher Kleidung Feiheitsübungen ab. Im ausgewählten Boden wurde stundenlang militärisch geübt, Kettenbildungen, Auskrömen, gruppenweiser Fortsch, also regelrechte Geländebungen, gemacht.
Am Sonntag, dem 8. Februar, hielt die Schufo in Ratingen Übungen im Straßen- und Barrikadenkampf ab, an denen sich etwa 120 Mann beteiligten.
In Bochum werden die Schießübungen der Schufo auf dem Schupo-Schießplatz abgehalten.
Wie uns aus der Berliner Konferenz bekannt wird, sollen im Gau Frankfurt 3000 Mann, Main 1000 Mann, Magdeburg 4000, München 2500 Mann als Grenzschutz-Formationen des Reichsbanners organisiert sein. An alle Gauen ist Anweisung ergangen, Alarm der Schufo zu organisieren. Ueberall sind Treffpunkte festzulegen, wo sich die Mitglieder der Schufo im Ernstfalle in voller Feldausrüstung einfinden haben. Unter der Devise „Schutz der polnischen Grenze“ ist für Freitag bereit, vereint mit dem nationalsozialistischen Mordgesindel, seine Reichsbanner-Männer gegen die Sowjetunion zu führen. Am 23. Februar soll bei dem Reichsbanner-Aufmarsch die Hege gegen die revolutionäre Arbeiterchaft verhängt werden. Vom 25. Februar erhofft Göring die ersten Früchte dieser Hege. Die Arbeiter müssen überall durch kameradschaftliche Aufführung der proletarischen Reichsbannermitglieder dieser Hege entgegenwirken. Es muß gelingen, die politisch ehrlich denkenden Proletarier, die antisozialistisch und antikapitalistisch gesinnt sind, von den Göring und Konforten loszulösen, die nur Kapitalrechte sind.

Doppelter Lohnraub durch Arbeitszeitverkürzung

Die KGD. entlarvt das Betrugsmanöver mit der „Fünftageweche“

Vom Reichskomitee der KGD. wird uns geschrieben:

Eine neue raffinierte Form des Lohnraubes wird gegen die Arbeiterklasse von der Bourgeoisie mit Hilfe des Völkerbundes und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gegenwärtig eingeleitet. Sensationell verkündeten bürgerliche Mütter die Einführung der Fünftageweche in der Berliner Metallindustrie, nachdem bereits im Reich in einer ganzen Reihe von Betrieben die 40-Stunden-Woche oder andere Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt wurden.

Erinnert sei nur an die Harburger Velfabrik, die Einführung der 42-Stunden-Woche in Leuna, an die Verkürzung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag in der Zigarettenindustrie und auch an den Fall, der gegenwärtig in der Presse erörtert wird, der Howaldts-Werft, Kiel. In all diesen Fällen wurde die Arbeitszeit verkürzt, entweder ohne einen Pfennig Lohnausgleich oder in nur ganz geringfügiger Form, wie z. B. in der Zigarettenindustrie. Jedesmal ist damit eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität, eine neue brutale Form der Rationalisierung (gleiche Arbeitsleistung trotz verkürzter Arbeitszeit) verbunden.

Um was handelt es sich? Wollen die deutschen Unternehmer die Arbeiter mit der 5-Tage-Woche, wie in der Sowjetunion, beglücken? Sollen Arbeitsplätze für die Arbeitslosen geschaffen werden? Oder ist diese Maßnahme ein Schuß, um die sich noch im Betrieb befindlichen Arbeiter vor dem grauen Elend der Erwerbslosigkeit zu bewahren?

Raffinierter Lohnraub

Keines von allen! Es handelt sich bei dieser neuen Aktion der Unternehmer und Reformisten nicht und nicht um einen neuen, raffinierten, verschleierte Lohnraub, der zusammen mit der fast überall schon durchgeführten direkten Lohnverkürzung einen doppelten Lohnraub an den Arbeitern ergibt.

Den Berliner Metallarbeitern wurde der Lohn z. B. durch den Schlichterspruch, der die Unterschrift des Sozialdemokraten Einzheimers trägt, um 5 Prozent gekürzt. Durch die Einführung der geplanten 5-Tage-Woche, die bereits für die Metallengestellten Tatsache ist, wird der Lohn der Metallarbeiter nochmals um 15 Prozent gekürzt. Denn die 5-Tage-Woche der Kapitalisten erfolgt ohne Lohnausgleich, geschweige Lohnerrhöhungen und ist ein Schlag gegen die Arbeiter von ersterster Bedeutung.

Sollten wurden die Arbeiter jenseitig verhöhnt, als durch diese kapitalistische „5-Tage-Woche.“ Die deutsche Arbeiterklasse wird jedoch nicht gestatten, daß sich die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer, die als erste diese Arbeitszeitverkürzung, ohne Lohnausgleich forderten, jetzt durch einige „linke“ Manöver, wie es im Berliner Fall der „Vorwärts“ versucht, vor der Verantwortung für diesen doppelten Lohnraub drücken. Die reformistischen und christlichen Führer sind für diesen raffinierten Lohnraub durch Arbeitszeitverkürzung voll verantwortlich. Gemeinsam mit den Kapitalisten verhöhnen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter mit der 5-Tage-Woche, wie sie die Kapitalisten auffassen.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist verantwortlich

Einige Beweise für diese ungeheuerliche Tatsache führen wir nachstehend an; solche Tatsachen müssen unter der ganzen Arbeiterklasse verbreitet werden. Am 21. und 22. Januar hat in Zürich die von der Amsterdamer und 2. Internationale eingesetzte Kommission zur Prüfung der Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit eine Resolution angenommen, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

„Die Kommission betrachtet es angeht der richtigen Erwerbslosigkeit in der Welt für zeitgemäß und unerlässlich, den Kampf um die Fünftageweche (40-Stunden-Woche) international aufzunehmen.“

Diese Resolution wurde verfaßt nach unmittelbarer Anweisung von Albert Thomas, des Vertreters des Völkerbundes. Mit voller Absicht wurde die Forderung der Arbeiterklasse nach Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung mit Schweigen übergegangen. Eine entsprechende Lohnverkürzung wird durch den Beschluß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von vornherein unterstellt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den Harburger Velfabrik von Achtstundenschicht auf Sechstundenschicht ohne Lohnausgleich geschah mit voller Billigung der reformistischen Gewerkschaften. Dieses Beispiel wurde von den Gewerkschaftsführern als erstrebenswert und richtunggebend zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit hingestellt.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat mit Hilfe der Polizei, mit Hilfe der Entlassung roter Betriebsräte alles in Bewegung gesetzt, um den Kampf der KGD. im Leunawerk gegen die Einführung der 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zu sabotieren. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß die Verkürzung der

Zutreiber der Klassenjustiz

Die Aufhebung der Immunität für die kommunistischen Abgeordneten, um sie der Klassenjustiz auszuliefern, wurde insbesondere vom Reichsbanner des Herrn Hörsing betrieben. Kein Arbeiter darf vergessen, was das Bundesorgan des Reichsbanners am 7. Februar schrieb:

„Was haben die Gegner des Parlaments im Parlament zu suchen? Wo steht das in der Verfassung? ...“

Darum: Hinaus mit den Antiparlamentarierern aus Reichs- und Landtag; entzieht ihnen die Freikarten, Diäten und Immunität!

Daß diese Forderung an Brüning sich nicht gegen die Nazis richtete, das beweist klar die Tatsache, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten über genügend Gehalt, Pension oder sonstige Gelder verfügen, um ihre politische Propaganda treiben zu können. Ihre Versippung mit der Klassenjustiz bewahrt sie auch vor den schweren Strafen, mit denen die Kommunisten verfolgt werden.

Wir fragen die Arbeiter der SPD. und des Reichsbanners, wie lange sie noch dulden wollen, daß ihre Führer in dieser kaum noch zu überbietenden Weise dem Faschismus und der Klassenjustiz Zutreiberdienste leisten.

Arbeitszeit, und was für die Kapitalisten die Hauptsache ist, die Kürzung des Lohnes bei gleichen Leistungen nicht vor Entlassungen schützt. In den letzten zwei Jahren sind in Leuna 5490 Arbeiter entlassen worden und die Produktion ist im wesentlichen dieselbe geblieben.

Berhöhung der Arbeitslosen

In der Zigarettenindustrie und neuerdings auch bei den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe haben die reformistischen Gewerkschaftsführer eine Verkürzung der Arbeitszeit mit teilweisem Lohnausgleich freiwillig angeboten. Im Buchdruck haben die Unternehmer zunächst den direkten Lohnabbau vorgezogen und sich die Lohnverkürzung durch Arbeitseinschränkung für später vorbehalten. In der Zigarettenindustrie haben die Unternehmer die Vorschläge der Gewerkschaften in freier Vereinbarung angenommen. Als ein Opfer der Betriebsarbeiter an die Erwerbslosen bezeichnen die Gewerkschaften diese Politik. In Wirklichkeit ist es ein Raub auf Kosten der Arbeiter für die kapitalistische Profitwirtschaft.

Die wenigen Beispiele zeigen, daß die reformistische Gewerkschaftsführung, die Amsterdamer Internationale, die SPD,

voll verantwortlich sind für den doppelten Lohnraub an den Arbeitern, für die freche Verhöhnung der Arbeiterklasse durch die Einführung der kapitalistischen Fünftageweche. Die Politik des kleineren Übels, die Parole der Gewerkschaftsführer: „Besser geleiert als geleiert“ ist auch hier typisch für die Politik des Reformismus und führt immer tiefer ins Elend.

Die Forderungen der KGD.

Die Stellungnahme der KGD. zu diesem raffinierten Lohnraub, zu der kapitalistischen Fünftageweche, die klare und eindeutige Forderung nach Einführung des Siebenstundentages und der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Kampf für die sozialistische Fünftageweche, wie sie in der Sowjetunion eingeführt worden ist, nicht mit Lohnausgleich, sondern mit Lohnerrhöhung! Einführung der Fünftageweche, der Verkürzung der Arbeitszeit, Einstellung der Erwerbslosen, nicht auf Kosten der Arbeiter, sondern auf Kosten der Kapitalisten.“ Dafür muß der gemeinsame Kampf der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen mit aller Kraft entfaltet werden.

Genosse Kollwik im Hungerstreik

Qualereien in der Untersuchungshaft — kämpft mit der roten Hilfe gegen die Justiz- und Strafvollzugsbarbarei

Köln, 17. Februar. (Eig. Ber.) Der Genosse Hans Kollwik, der schon über vier Monate im Offenener Gefängnis in Untersuchungshaft sitzt, ist seit Sonntag im Hungerstreik.

Genosse Kollwik wurde durch unmenschliche Behandlung gezwungen, in den Hungerstreik zu treten. Er protestiert gegen die skandalöse Verschleppung seiner Verfahren und gegen die menschenwürdige Kost, die ihm vorgekehrt wird. In dem Essen wimmelt es von Mägen. Der Empfang von Paketen wird dem Genossen Kollwik verweigert und beim Kauf von Nahrungsmitteln werden ihm Wucherpreise abgefordert.

Dr. Baades „feuerspeiendes Pferd“

Ein bürgerlicher Fachmann widerlegt das Märchen vom „gestohlenen Sowjetgetreide“

Das Märchen vom sowjetrussischen „Dumping“ (Schmutzkonkurrenz), das an allem Übel Schuld sein soll, ist immer noch der Hauptschlager für die sowjetfeindliche Kampagne in den kapitalistischen Ländern. In Deutschland ist der sozialdemokratische Reichskommissar Dr. Baade der lauteste Wortführer der Dumpinghege. Wir hatten vor kurzem Gelegenheit, die wilden sowjetfeindlichen Ausführungen Baades auf einem Diskussionsabend in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 16. Januar anzuprangern. Die Sowjetunion führt „gestohlenen“ Getreide aus — das ist die geniale „Theorie“ dieses Herrn.

Jetzt veröffentlicht das Organ dieser Gesellschaft, die Zeitschrift „Die Weltwirtschaft“, einen ausführlichen Bericht über diesen Diskussionsabend.

Die Rede Dr. Baades wird darin ebenfalls ausführlich wiedergegeben. Es erübrigt sich jedoch noch einmal darauf einzugehen, um so mehr, als der Referent des Diskussionsabends, Professor Karl Brandt, der Leiter der Forschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, diesem ehrenwerten Sozialdemokraten in seinem Schlußwort eine vernichtende Abfuhr erteilt hat.

Nach dem Bericht der „Weltwirtschaft“ erklärte Professor Brandt in seinem Schlußwort:

„Herr Dr. Baade hat zwar darauf hingewiesen, daß die Agrarpolitik nur zu verstehen sei, wenn man sie in den Rahmen der Weltwirtschaft stelle. Wenn ich aber summiere, was er an Zusammenhängen der Weltwirtschaft geschildert hat, so erscheint

mit sein Bild doch mehr als einseitig. Das einzige, was er uns vorgeführt hat, ist sein feuerspeiendes, unheil drohendes trojanisches Pferd, das er vor drei Monaten zum erstenmal aus dem Stall zog, nämlich das Getreide exportierende Russland. Seine Weltwirtschaft besteht nur noch aus der UdSSR, die er mit ungeheurem Pathos für alle agrarischen Übel in der Welt verantwortlich macht.

Jahrespflege das Problem der Sowjet-Agrarproduktion etwas nüchterner und rein wirtschaftlich zu betrachten. Dabei kommt man allerdings zu einem gänzlich anderen Bild. Der Weltweizenmarkt war lange vor dem Auftreten der Russen zusammengebrochen. Die Russen haben außerdem nur so viel Getreide verkauft, wie sie Denissen zur Abdeckung ihrer Industrieinkäufe am Weltmarkt brauchten.

Sie haben bei ihren Verkäufen kein politisches Dumping getrieben, sondern genau das gleiche getan, was Deutschland in seinem Export ebenfalls tun mußte, sie haben nämlich zu den Preisen verkauft, die sie in der Konkurrenz mit anderen erzielen konnten. Wenn Deutschland nach Schottland seinen Hafer für 3,20 M. verkauft hat, so ist niemand auf die Idee gekommen, daß es damit unsaubere politische Störversuche im Sinne gehabt habe.“

Das trojanische Pferd des Herrn Dr. Baade hat sich als ein leeres tönerenes Gefäß erwiesen, das bei der ersten Berührung mit der klaren Wirklichkeit, in tausend Scherben sprang. Wir haben dem Urteil des Herrn Professor Brandt über seinen Kollegen Baade kein Wort hinzuzufügen.

Aufrüstung statt Abrüstung

Trebranus proklamiert:

„Wir werden uns die Rüstungsfreiheit nehmen!“

Bei der letzten außenpolitischen Debatte im Reichstag schworen die Regierungsparteien sämtliche Meinende, daß sie niemals den Gedanken einer Aufrüstung Deutschlands bei sich haben aufkommen lassen, sondern einzig und allein dem „idealen Ziel“ der Abrüstung zustreben.

Am Sonntag hat nun der spezielle Freund Brüning und deshalb als Minister in die Regierung aufgenommene Führer der mit zwei Mann im Reichstag vertretenen Volkspartei, Herr Trebranus, eine Rede auf der Reichstagung seiner Partei gehalten, in der er wörtlich folgendes ausführte:

„Am wichtigsten ist für uns die Forderung der Rüstungsfreiheit. Durch den Bruch der Zusage der Regierungspartei sind wir berechtigt, unsere Freiheit auch auf dem Gebiete der Wehr und Waffen zu fordern und uns diese Freiheit zu nehmen.“ (!)

Das sind nicht irgendwelche „Entgleisungen“ des Herrn Trebranus, sondern das sind offizielle Ausführungen eines einflussreichen Regierungsvertreters, der hier das Kernproblem der von der SPD. unterstützten Außenpolitik unter Curtius-Brüning preisgegeben hat.

Der himmlische Ansager will protestieren. Soeben wird bekannt, daß der Papst in Moskau protestieren will, weil angeblich während der ersten Sendung der vatikanischen Radiostation ein Moskau-Sender auf derselben Welle gearbeitet haben soll und dadurch, wie bekannt, die Ansprache des Papstes außerhalb Roms kaum verständlich war.

Severing verbietet die SA. nicht

Berlin, 17. Februar (Eig. Bericht).

Das Ersatzblatt des „Angriff“, der „Rote Adler“, kann sich erlauben, den Sozialdemokraten Severing und Grzejinski folgenden Lob auszusprechen:

Nach Mitteilungen von zuständiger preussischer Stelle ist der augenblickliche Stand der Untersuchung gegen die nationalsozialistischen Sturmabteilungen so, daß die Vorbedingungen zu einem Verbot nicht (!) gegeben sind. Minister Severing hat ein solches Verbot auch bisher nicht in Erwägung (!) gezogen. Polizeipräsident Grzejinski hat Freitag nachmittag den Minister Severing eingehenden Bericht über die bisher getroffenen Feststellungen erstattet.“

Jeder Proletarier weiß, daß Severing den roten Frontkämpfer-Bund verboten hat und sieht an dieser Meldung, daß die Nazis den „Kampf“ der SPD-Führer gegen den Faschismus nicht zu fürchten brauchen. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, sind

die nationalsozialistischen Nordbarden in erhöhter Alarmbereitschaft.

Diese erhöhte Alarmbereitschaft bedeutet, daß die Nazis versuchen werden, ihren Terror gegen die Arbeiterklasse noch weiter zu verstärken. Noch mehr als bisher ist daher jeder Arbeiter verpflichtet, aktiv den Selbstschutz der Proletarier zu organisieren, überall die wehrhafte Einheitsfront der parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zu schaffen, damit den Faschisten bei jedem ihrer Angriffe Hören und Sehen vergeht.

Die Sklavenhalter zittern

Die englischen Konservativen rüsten zur Wirtschaftsblockade gegen die Sowjetunion

Moskau, 17. Februar. Die ganze Sowjetpresse veröffentlicht die vom Londoner „Daily Worker“ gegebene Charakteristik des von Bellers geführten konservativen Komitees zur Bekämpfung der sowjetrussischen Ausfuhr. Das Komitee betreibt seine „Arbeit“ unter dem Schilde der Bekämpfung der Zwangsarbeit in der Sowjetunion. Unter den Mitgliedern des Komitees finden wir Gestalten wie Johnson Hicks, General Rog, der Kommandeur der englischen Truppen in Sibirien zu Zeiten Kollatschs war und dessen Brutaltaten ihm einen traurigen Ruhm einbrachten. Dem Komitee gehört auch Hilton Young an, Kommandeur eines Panzerzuges zur Zeit der Expedition des Generals Iron Side bei der Besetzung von Archangelsk durch die Engländer im Jahre 1919, sowie weitere imperialistische Massenschlächter schlimmster Sorte.

Die „Pravda“ schreibt: „Die erbitterte Kampagne gegen die Sowjetunion, gegen eine in diesem Lande angeblich existierende Zwangsarbeit, geführt von der kapitalistischen Presse aller Schattierungen, beginnt in einzelnen kapitalistischen Staaten die Form praktischer Maßnahmen gegen die Sowjetunion anzunehmen. Die Herren Kapitalisten und ihre Helfershelfer aller Abarten kennen ausgezeichnet die ganze Verlogenheit ihrer Behauptungen.“

Was ist dieses Wutgeheul gegen die Sowjetunion? Der einzige Sinn desselben ist: Der Versuch, unter dem Vorwand der Bekämpfung der Zwangsarbeit, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, die die Ausfuhr sowjetrussischer Waren erschweren und die Wirtschaftsblockade der Sowjetunion vorbereiten soll.

Die Arbeit in der Sowjetunion „wird zur Sache der Ehre, des Selbstwertes“ (Stalin). In der Sowjetunion wachsen neue Arbeitsformen heran, die den Kapitalisten unbekannt sind. Der kapitalistische Zwang, die gewaltigen Ueberreste der von der Sklaverei herrührenden Verhältnisse an einer Reihe von Punkten des Erdballs werden hier abgelöst durch sozialistische Arbeitsformen. Der Kapitalismus fürchtet sie, da sie sein Todesurteil bedeuten.

Das Weltkapital windet sich unter der Geißel der Krise, verstrickt in ungeheuerliche Widersprüche. Kein Geldwert über Zwangsarbeit in der Sowjetunion kann es vom unvermeidlichen Untergang erretten.“

Witkowski verbietet die Linkssozialisten

Kattowitz, 16. Februar. Auf Grund einer Verfügung des Innenministers löste die Wojewodschaft der Partei der polnischen Linkssozialisten in der Wojewodschaft Schlesien wegen „kommunistischer Tendenzen“ auf. Die Partei bestand seit 1928 und umfaßte 18 Ortsgruppen. Der Wojewode hat einen Aufruf erlassen, in dem er den Angehörigen der Partei, die weiter für sie tätig sein sollten, schwere Strafen androht.

Bilanz

Deutschland und die anderen kapitalistischen Staaten und Kolonien haben

50 Millionen Arbeitslose — 150 Millionen Menschen hungern

In der Sowjetunion Mangel an qualifizierten Arbeitern. Siebenstundentag. Fünftagewoche.

Lest und verbreitet diese in eurer soeben erschienenen Broschüre besprochenen Tatsachen. 24 Seiten. Preis 10 Pf.

Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin. Erhältlich bei jedem Litobmann.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H. Berlin.

39. Fortsetzung.

Die Bäume an den Bergen verschwammen im Dunkel, immer noch krieg Schar um Schar den Berg hinab, kaum aus dem Schatten der Bäume hervor, aus den Schluchten der Wiesen. Bald war auch der Berg unter schwarzen Massen begraben.

Jetzt kam das Getatter eines Motorrades aus einer der Straßen, die Bewohner sammelten sich aufgeregt flüsternd vor den Ladentüren: Die Kundgebung ist zu Ende — jetzt kommt der Polizeileutnant! Das scharfe Knattern kam näher. Der Polizeileutnant in blühender Uniform, den Säbel zwischen den Beinen, sah mit vorgereckter Brust in dem Beiwagen der Maschine.

„Jetzt kommen die Leute aus der Kundgebung.“
Hier oder fünf Gewerkschaftsführer mit blanken glänzenden Fahnenstangen kamen in der drängenden Menschenmenge näher.

Die Massen schrien jorntig — nein, sie sangen, aber man verstand die Worte nicht, weil es zu viele waren und mit ihren schrillen Stimmen, wie das Pfeifen der tausend laufenden Treibriemen in der Fabrik, auseinandergerissen wurden. — In diesem Augenblick erfolgte auf einen Schlag alles elektrische Licht in diesem Stadtteil.

„Eine Störung!“

Nur die Sterne brannten an dem kalten, dunklen Himmel. In den finsternen Straßen schrien verwirrt und aufgeregt die Anwohner — was hatte das zu bedeuten? Aber die Fahnen marschierten unbekümmert weiter. In der Nähe des Fabriktores beschleunigten die Massen ihre Schritte und bald begannen sie zu laufen. Die Massen wurden dichter und größer, von den Ecken der Straßen, unter den Dächern der Häuser hervor drangen die schwarzen Schatten in die Dunkelheit des Platzes und hallten sich vor der Fabrik zusammen, dunkle, rote Flecken schwammen über den ersten Reihen. Sie überschwemmten den ganzen Platz und verjagten alles mit ihrem Lärm.

Rüstet zum Internationalen Kampftag am 25. Februar!

Belagerungszustand gegen Arbeitslosigkeit

Ueber eine Million Menschen in Philadelphia sterben Hungers — Blutige Zusammenstöße

New York, 17. Februar. In Philadelphia, einem der größten Industriezentren der Vereinigten Staaten, hat die Arbeitslosigkeit einen derartigen Umfang angenommen, daß die Behörden aus Furcht vor spontanen Massenaktionen über das ganze Stadtgebiet den Belagerungszustand verhängten.

Alle öffentlichen Gebäude sind von starken Polizeikräften mit Maschinengewehren und Feldgeschützen besetzt. Nach 8 Uhr abends darf kein Mensch die Straße betreten. Jede kleinste Gruppenbildung auf der Straße wird von der Polizei mit brutalen Angriffen verhindert.

In den letzten Tagen kam es mehrfach zu blutigen Zusammenstößen. Die Arbeitslosen zogen demonstrierend vor das Rathaus und forderten kategorisch Unterstützung. Als die Polizei zum Angriff überging, setzten sich die Massen mit Steinbomben zur Wehr.

Die Zahl der Arbeitslosen in Philadelphia wird amtlich mit 250 000 beziffert. Da es keinerlei Erwerbslosenunterstützung in Amerika gibt, sind die Arbeitslosen mit ihren Familien buchstäblich dem Hungertode preisgegeben. Ins-

gesamt sterben in Philadelphia über eine Million Menschen eines langamen Hungers.

Im „Dritten Reich“ Mussolinis

Rom, 17. Februar. Die Zahl der Erwerbslosen im Januar ist nach amtlichen Angaben in Italien von 642 169 auf 721 776 gestiegen, wovon 180 494 Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitslosigkeit hat hauptsächlich in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zugenommen.

Strabentampf in Griechenland

Athen, 17. Februar. In Serres kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Demonstrierende Arbeitslose drangen im Viertel der Stadt in vornehme Konditoreien und Restaurants ein, besetzten die Tische und verzehrten die Vorräte. Die Polizei belagerte das ganze Stadtviertel. Es kam zu einem regelrechten Straßenkampf, der bis in die späten Nachtstunden andauerte.

Kapp-Bandit Pabst im Solde Mussolinis

Zweieinhalb Millionen Lire für die Heimwehr — Kriegskomplotz Baugoin-Mussolini

Berlin, 17. Februar (Eig. Bericht).

Die „Vossische Zeitung“ bringt in ihrer heutigen Morgenausgabe (Nr. 41) die sensationelle Mitteilung, daß der militärische Führer der österreichischen Heimwehren, der berühmte Kappist Pabst, bei seinem Besuch in Italien 1929 2½ Millionen Lire bewilligt erhalten habe, die über Budapest und den Attache der ungarischen Botschaft in Wien von Pabst selbst in Empfang genommen wurden. Außerdem weiß die „Vossische Zeitung“ zu berichten, daß zwischen Mussolini und dem Fürsten Starhemberg enge Beziehungen bestehen. Besonders sensationell ist aber die weitere Mitteilung, daß Mussolini besonders gute Beziehungen zum österreichischen Kriegsminister Baugoin unterhält, die im Zusammenhang mit den militärischen Bündnisplänen und den faschistischen Absichten in der Abrüstungsfrage stehen.

Wann wird man Einzelheiten über Mussolinis Gelder an die Nationalsozialistische Partei Deutschlands erfahren?

Sowjetunion nicht eingeladen!

Getreidekonferenz — Boykottkonferenz gegen Sowjetgetreide

WIS, Moskau, 16. Februar. „Sowjetika“ stellt unter Protest fest, daß der Sowjetregierung bisher keine Einladung zu der von der Europakommission für den 23. Februar einberufenen Konferenz über die Fragen der Verteilung der Getreideüberschüsse zugegangen sei, obwohl die Sowjetunion, wie das Blatt betont, erstens ein osteuropäisches Land, zweitens ein Getreideausfuhrland sei, und obwohl drittens die Frage der Verwertung der Getreideüberschüsse eine Wirtschaftsprage sei.

Das Blatt glaubt, seine Kritik insbesondere gegen Britain persönlich richten zu müssen, den es für die Nichteinladung verantwortlich macht und erklärt ferner, auf dieser Konferenz werde wieder einmal der Versuch gemacht werden, die Sowjetgetreideausfuhr unter Boykott zu stellen.

Streit — staatsgefährlich

Angestellte und Beamte dürfen nicht streiken

Bern, 16. Februar. Der Bundesrat hat beschlossen, den Angestellten und Beamten die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu untersagen. Die der Gewerkschaft angehörenden Angestellten werden zum Austritt aufgefordert unter Androhung von Disziplinarstrafen.

Diese Stellungnahme erfolgte, weil aus den Statuten der Gewerkschaft hervorgeht, daß sie gegen den Artikel 13 des Beamtengesetzes verstößt, der bestimmt, daß es Beamten untersagt ist, einer Vereinigung anzugehören, die den Streik als Kampfmittel anerkennt oder „sonstwie staatsgefährlich“ ist.

Faschistenhauptling Swinhufvud finnischer Reichspräsident

Helsingfors, 16. Februar. Der faschistische Ministerpräsident Swinhufvud ist mit 151 Stimmen der Nationalen Sammlungspartei, der Schwedischen Partei sowie der Landbündler der Rechten und des Zentrums von insgesamt 300 Wahlmännern zum Reichspräsidenten gewählt worden.

Für den konservativen Stahlberg wurden 149 Stimmen, einschließlich der sozialdemokratischen Stimmen, abgegeben. Die Sozialdemokraten haben im zweiten Wahlgang ihren Kandidaten Tanner zurückgezogen.

Kampf in der Fabrik

Die schwarzen Schatten sprangen von der Höhe der Mauer in die Tiefe, das riesige, schwerbewaffnete Kriegsschiff ging in diesen schwarzen Schatten unter. Auch im Innern der Fabrik lag alles in Finsternis. Geruch von verrosteten Eisen und Chemiefallen stand im Dunkeln wie von verwelenden Leichen.

Sie sitzen in Trupps zu drei und fünf Mann vor. Die Fahnen waren ihre Kompassnadeln, zeigten ihnen den Weg — sie schwankten hochgehoben bis zum Gosplatz der Fabrik, wie Bojen auf stürmischen Wellen.

„Vorwärts!“

„Macht keinen Streit untereinander!“

Die schwarzen Schatten krochen auf dem Boden oder rannten dicht an der Betonmauer hin; in der Mitte die Frauen und Kinder; sie waren darauf gefaßt, daß der Feind jeden Augenblick hervorspringen würde...

Finsternis lag der Platz da. Der Feind ließ sich nicht sehen; er versteckte sich im Dunkeln und verteilte sich durch keinen Laut. Auf dem Gosplatz sprang Geschrei auf, Fahnen wurden wild geschwenkt und zerhackt die Finsternis.

Die schwarzen Schatten schlossen sich zu einem wirbelnden Strom, in dem es leuchte und Blasen aufstiegen.

Dann aber stürzten sie, sich teilend, brüllend in die Bürogebäude der Fabrik. In einem Fenster der dritten Etage schwanke verlegen ein einsames Tagelicht und irgendwo klingelte ein Telefon, als ob es zerrissen würde.

„Heraus mit dem Direktor!“ schrie ein Arbeiter, der allen voran war, vor der Glas tür.

Etwa fünfzehn Gesichter von Angestellten bukten sich leichenblau auf einem Haufen hinter einem Schreibtisch und wackelten verlegen auf ihren Hälsen.

„Wer hat uns entlassen?“

Von der Treppe her drohten die Schritte der Massen: „Macht die Tür auf!“

Die Glas tür zerbrach und über ihre Trümmer drängten die empörten Gesichter mitten ins Zimmer.

„Macht doch keine Dummdreier, der Herr Direktor ist doch nicht hier.“ Einer kam bis an den Selbstmord vor und antwortete, vor Erregung gitternd. Aber gleich brüllten ihn die Arbeiter an.

(Fortsetzung folgt)

Auf dem Berg hinter der Fabrik funkelten aus den schwarzen Schatten lauernde Augen in die Tiefe. Unter ihnen lag die wie ein Panzerschiff bestückte Fabrik und streckte ihren Eisenbetonbau auf dem Grunde der Finsternis. Dort, wo man die Fabrik fast mit Händen greifen konnte, standen die großen Schornsteine wie Dämonen und wirkten noch düsterer, weil sie keinen Rauch ausließen. Die Mauer, hoch und dick, wie von einem Gefängnis, begann unten am Berg, zog sich über die Straße bis an das Ufer, wo die Wellen des Okiawa in der Finsternis leuchteten. Die Mauer hob und senkte sich gleich der „chinesischen Mauer“ bis an den Fluß.

„Wo ist das Hintertor?“

Unterhalb des Berges lagen die löcherförmigen Dächer der Fabrikgebäude mit festverschlossenen Eisentoren. Ihren Mittelpunkt bildete das spitze, kegelförmige Dach der großen Filteranlage. Von dort aus liefen sternförmig die einzelnen Fabrikgebäude.

Die schwarzen Schatten starrten schweigend auf die riesige Bestie und hielten den Atem an.

Fünf Minuten — zehn Minuten — plötzlich sprang ein Schatten auf die Mauer neben dem Haupttor und schwenkte eine Fahne. Das dunkle Fahnenstück flatterte in der Finsternis wie eine riesige Fledermaus.

Da — ein Schrei stieg auf — ein großes Geräusch, wie ein Bergsturz rollend, flog brausend um die Fabrik, brandete gegen den Berg, schwoh wieder zurück, hin über den Fluß Okiawa und erfüllte die ganze Vorstadt, donnernd brauste es unter dem Nachthimmel. Bäume umkreischend, das Gras zerstampfend, rollten die Menschenmassen wie eine Lawine herab — hunderte — tausende — zehntausende drückten gegen die Mauer, kletterten auf die Gitter, die Tore, krochen wie Ameisen auf die Mauer. Die Mauer war in ihrer ganzen Länge von den schwarzen Schatten umfüllt. Die Augen funkelten. Wie vom Teufel besessen stürzten die untenstehenden über die sich den Berg hinabziehende Mauer. Das Getöse wurde zum Sturm, der die Stille der Nacht durchbrach, der die Fabrik mit der Schnelligkeit des elektrischen Funkens umraute und stohweise, wie ein Taifun, heulte. Die Finsternis war erschüttert und zerrissen; auf der Höhe der Betonmauer wirbelten und tobten die Fahnen.

Es war, als ob Vulkan, der plötzlich lodende Wassermassen emporstieß.

Rund um den Erdball

Die Korruptionslawine in den kapitalistischen Ländern rollt

SPD. und Kapitalisten als Volksbetrüger

SPD.-Vorsteher betrug Reichsverorgungsamt um 200000 Mark — Die Wechselschieber-GmbH. aufgefliegen — Englische Industrielle unterschlagen 438000 Pfund Sterling

Breslau, 17. Februar. Am Dienstag vormittag wurde in Breslau der Vorsteher der dortigen Reichsverorgungsabteilung, ein hochbetrauter Sozialdemokrat und wütender Kommunistenfresser, wegen Betrügereien gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse und dem Reichsverorgungsamt verhaftet. Diese aufsehenerregende Verhaftung steht im Zusammenhang mit den erst vor kurzem entdeckten Verschleungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau; durch die vollkommen unzulängliche Ueberwachung des sozialdemokratischen Vorstehers der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde es erst möglich gemacht, das Reichsverorgungsamt durch falsche Buchungen um rund 200 000 Reichsmark zu betrügen.

Rund vier Millionen für Eugsbauten

Die Breslauer Ortskrankenkasse, seit jeher schon eine Domäne der schwarzrotgoldenen Bonzen, hat schon oft unliebsam von sich reden gemacht. Bereits im Jahre 1927 versuchte die Verwaltung in ihrem Jahresbericht die Behauptung, daß die Kasse zuviel für Verwaltungskosten ausgabe, abzukücheln.

Doch noch in demselben Jahre beschloß sie den Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes, wofür 600 000 Mark draufgingen. Der Architekt, natürlich auch ein „Genosse“, verdiente dabei „nur“ 98 000 Mark. Raum waren die Vorarbeiten beendet, entdeckte man, daß der Voranschlag um 600 000 Mark überschritten war.

Nun wurde in aller Eile mit dem Umbau des alten Verwaltungsgebäudes begonnen, der 750 000 Mark verschluckte, so daß nunmehr insgesamt 1,5 Millionen Mark verplempert waren. Nicht genug damit, wurde noch ein Erweiterungsbau errichtet, der weitere 2 Millionen Mark verschluckte. Insgesamt wurden durch die maßlose Bauwut der schwarzrotgoldenen Ortskrankenkassenmitglieder rund 4 Millionen Mark den Breslauer Krankenkassenmitgliedern entzogen.

Auch der Breslauer Kriesskandal zeigt wieder einmal, wie weit bereits die sozialdemokratische Führerschaft von der allgemeinen kapitalistischen Korruption angefaßt ist. Fast tagtäglich piagt in diesem riesigen Korruptionsjumpf irgendwo eine sinkende Blase. Heute in Breslau im Reichsverorgungsamt,

gestern im Berliner Arbeitsamt, wo, wie erinnerlich, sich zehn sozialdemokratische Arbeitsamtsassistenten 100 000 Mark in die Taschen steckten. Kein Wunder, daß der SPD-Vorstand händelnd nach dem berühmten „zweiten Mann“ wimmert. Kann aber noch ein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter für eine solche Korruptionspartei sich einlegen?

Zwei Millionen falsche Wechsel . . .

Berliner Kriminalisten gelang es jetzt, eine „Wechselschieber GmbH.“ zu ermitteln und im ganzen 22 Kaufleute zu verhaften. Diese Wechselschiebergesellschaft hatte sich alle Akte von Firmen zu verschaffen gewußt. Mit den notwendigen Unterschriften versehen, stellten die Betrüger nun andere Wechsel

In Jedes Arbeiterhaus

gehört die reich illustrierte Halbmonatszeitschrift der Rote Hilfe. Aktuell im Inhalt, kämpft das „Tribunal“ gegen die Klassenjustiz, und

bringt die Post

nach sofortiger Bestellung bei deinem zuständigen Postamt dir regelmäßig zweimal im Monat

das „Tribunal“.

auf die Namen von bekannten Industriefirmen her. Ein Vertreter, der über ganz Deutschland ausgebreitet war, hatte nichts weiter zu tun, als die ihnen ausgehändigten Wechselpakete an verschiedenen Stellen in Deutschland unterzubringen. Auf diese Weise gelang es den Betrügern, für etwa 2 Millionen Mark falsche Wechsel unterzubringen.

Als es sich herausgestellt hatte, daß die Wechsel, unter denen die Namen von soliden Unternehmungen und Firmen standen, unecht seien, also Namen und Stempel gefälscht waren, entstand auf dem Wechselmarkt und an der Börse nicht wenig Beunruhigung. Und erst, als die gesamte Kriminalpolizei des Reiches eine großartige Ermittlungsaktion einleitete, gelang es nach längeren Bemühungen, die Wechselschieber-G. m. b. H., im ganzen also 22 Kaufleute und 15 Wechselvertreiter zu verhaften.

12 englische Industrielle als Betrüger entlarvt

In Glasgow wurden am Montag 12 Industrielle der schottischen Amalgamated Silk Co., die sich in Liquidation befinden, verhaftet. Es konnte ihnen nachgewiesen werden, daß sie die Kessensumme von 438 000 Pfund Sterling für ihre eigenen Zwecke verwendet haben. Unter den Verhafteten befindet sich der den englischen Arbeitern als besonders rücksichtsloser Scharfmacher bekannte Industrielle Tomlinson, der Vizepräsident des 2,5-Millionen-Pfund-Kongerns der Combined Egyptian Mills.

In dem Maße also, wie in allen kapitalistischen Ländern Massennot und Elend steigt und die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse immer brutaler werden, sehen wir, wie im Lager der Ausbeuter die Korruption wie ein fressendes Geschwür sich immer weiter ausbreiten, ja selbst in die führenden Schichten der sozialdemokratischen Arbeiterparteien eindringt und dort selbst die Bonzen, die ohne Kontrolle der Massen selbstherrlich schalten und walten, auch kriminell zu Lumpen und Wollsauspflünderern macht.

Drei Kinder in Flammen umgetommen

Die Eltern bei Rettungsversuchen lebensgefährlich verbrannt

Athen, 17. Februar. Im griechischen Städtchen Kavalita entstand in einem Restaurant Feuer, das sich in rasender Schnelligkeit ausbreitete. Bevor die Feuerwehr zur Stelle sein konnte, waren die drei Kinder des Restaurantinhabers Opfer der Flammen geworden. Die verzweifeltsten Eltern, die immer wieder Rettungsversuche unternahmen, mußten schließlich mit lebensgefährlichen Brandwunden in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Auto stürzt in einen Fluß

Drei Insassen ertrunken

Paris, 17. Februar. In der Nähe von Dijon stürzte ein mit sechs Personen besetztes Privatauto in voller Fahrt in einen Fluß und versank sofort in den Fluten. Während drei Insassen lebend gerettet werden konnten, gelang es, die anderen drei nur als Leichen zu bergen.

Ein Riesen-Meteor in Afrika entdeckt

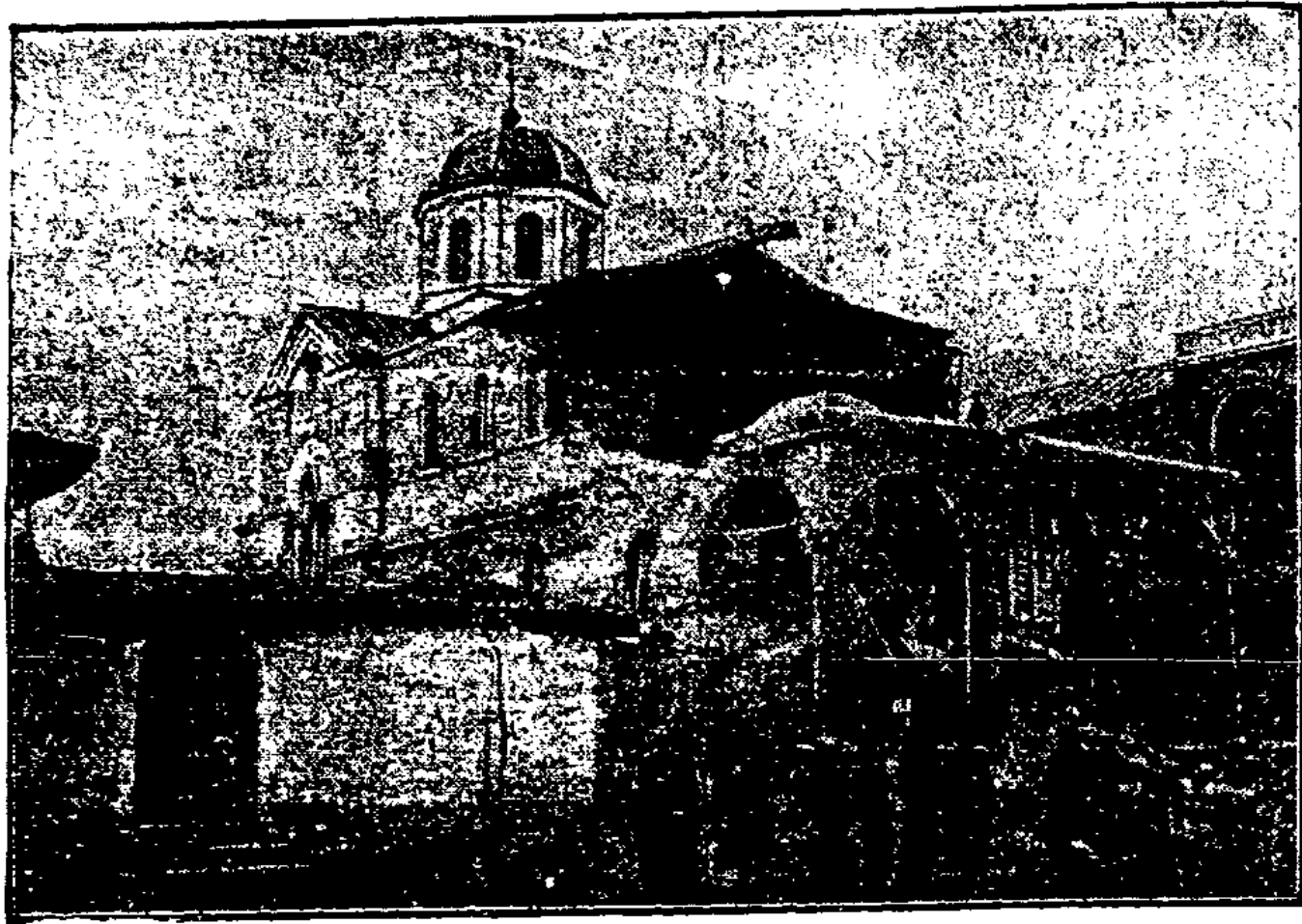
Zwischen dem Tanganika- und Niassa-See in Afrika wurde vor einigen Tagen der größte Meteor entdeckt, der bisher in Afrika gefunden wurde. Der Meteor ist eine feste Masse aus Nickelstein und hat eine Länge von ungefähr 4,5 Meter und einen Durchmesser von 1,2 Meter. Er hat sich ungefähr einen Meter tief in den Erdboden eingegraben.

Leichter konnte er es der Polizei nicht machen

Nach einer Meldung aus Wien wurde dort in der Villa des amerikanischen Gesandten ein Einbruch verübt. Da der Eindrehler jedoch in der Hitze der Knaderarbeit unbemerkt seine Brieftasche mit den Personalpapieren verlor, konnte er leicht ermittelt und verhaftet werden.

Riesenüberschwemmung in Griechenland

Wie aus Saloniki gemeldet wird, ist infolge des letzten Unwetters der Fluß Nestos aus den Ufern getreten und hat weite Gebiete überschwemmt. Viele Bauerngehöfte wurden zerstört, wobei vier Bauern ums Leben kamen. Der größte Teil des Viehes ertrank.



Erdbeben in Albanien

Wie wir bereits berichteten, ist Albanien von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Unser Bild ist die erste Aufnahme nach der Katastrophe. Hunderte von Häusern wurden allein in Korica vernichtet, wobei zahlreiche Todesopfer zu beklagen waren.

Eine Schreckensfahrt für Führer und Passagiere

Ein Wahnsinniger im Flugzeug

Erbitterter Kampf auf Leben und Tod in 1000 Meter Höhe

Kennort, 17. Februar. Ein Kampf auf Leben und Tod in einer Höhe von 1000 Metern spielte sich am Montag im Flugzeug der Fluglinie Chicago-Detroit ab, wodurch die drei Passagiere und der Flugzeugführer in ernste Lebensgefahr gebracht wurden.

Dort wurde plötzlich ein Ingenieur aus Chicago, der nach Illinois wollte, wahnsinnig. Er erhob sich von seinem Sitz, ging zu dem Flugzeugführer und wollte ihn veranlassen, daß dieser das Steuer loslassen sollte. Tatsächlich verlor das Flugzeug für einen Augenblick das Gleichgewicht und drohte abzustürzen. Im allerletzten Augenblick gelang es dem Führer, den Apparat wieder aufzufangen. Die Passagiere stürzten sich nun auf den Wahnsinnigen, der mittlerweile die Tür geöffnet hatte, um hinauszuklettern. Dem vereinten Bemühen der Passagiere gelang es schließlich, den Wahnsinnigen zu übermäutigen und zu fesseln, bis der Flugzeugführer die Maschine auf dem nächsten Flugplatz zur Landung bringen konnte.

Schneestürme in Ungarn

Vier Meter hohe Schneedecke — Zahlreiche Todesopfer

Budapest, 17. Februar. Furchtbare Schneestürme haben besonders in Westungarn den Verkehr vollständig lahmgelegt und auch zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert.

Im Komitat Zala sind die Eisenbahnstrecken 50 bis 60 Zentimeter hoch mit Schnee bedeckt. Stellenweise liegt der Schnee bis zu 4 Meter hoch. Der Autobus- und Postverkehr am Plattensee mußte eingestellt werden. Bei Dombova wurde ein Landwirt erfroren aufgefunden. In der Nähe von Zünflichen fand eine Gendarmeriepatrouille die Leiche eines unbekannten Mannes, der während der Nacht erfroren ist. In Zalaegerszeg konnte der Jahrmarkt nicht abgehalten werden. Auch die Gerichtsverhandlungen mußten infolge der Stilllegung des Eisenbahnverkehrs vertagt werden.

Den Freund seiner Frau erschossen

In dem Ort Wambeln bei Bielefeld in Westfalen schloß am Montag der 62jährige Arbeiter Köllken den Arbeiter Schmitz mit einem Jagdgewehr nieder, so daß er nach wenigen Minuten

verstarb. Schmitz, der mit der erst 30 Jahre alten Frau des Köllken ein Verhältnis unterhielt, verlangte Einlaß in die Wohnung der Eheleute. Als ihm dieses verweigert wurde, warf er das Küchenfenster ein, worauf Köllken ihn mit einem Schuß niederstieß.

Mussolinis „Friedensliebe“



Bekanntlich läßt Mussolini keine Gelegenheit verstreichen um in tönenden Worten seine Friedensliebe auszuposaunen. Was davon zu halten ist, zeigen die ungeheuren Kriegsrüstungen und die ununterbrochenen Manöver der faschistischen Truppen. Augenblicklich wird an der italienisch-französischen Grenze in allergrößtem Stille Krieg gespielt. Unser Bild zeigt Alpinführer auf Skiern im Feuergefecht.

Breslau

Um die 200 000 Mark der NSD

Abteilungsleiter SPD-Bartsch verhaftet

Also doch der Verdacht der persönlichen Bereicherung

Ende des Jahres 1930 konnten wir über große Unregelmäßigkeiten bei der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse berichten. Es handelte sich um etwa 200 000 Mark, um die die Reichsriegelsbesoldigung für die Kasse geschädigt wurde. Wir teilten mit, daß gegen den ersten Direktor Rischhoff (SPD), den zweiten Direktor Pietsch (Ztr.) und den Leiter der Abteilung Reichsriegelsbesoldigung Bartsch und einige andere Angestellte ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Die Leitung der NSD. beklagte sich daraufhin, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß es wohl richtig sei, daß dem Reichsriegelsbesoldigungssamt etwa 200 000 Mark entzogen wurden, doch wurde das ausschließlich aus ideellen Motiven gemacht. Diese Mitteilung wurde von uns stark angezweifelt, da wir auf das faktische Bankkonto des Herrn Bartsch bei der früheren Breslauer Bank hinweisen konnten, ein Umstand, der am so bedenklicher schien, da in dem Ausschichtungsrat dieser Bank Herr Rischhoff geiffen hatte.

Über den Ermittlungen des Untersuchungsrichters jetzt ergeben haben, daß sich einige Leute doch einen finanziellen Vorteil verschafft haben. Der Untersuchungsrichter hat gegen den Angeklagten Bartsch einen Haftbefehl erlassen, weil er dringend verdächtig ist, in der Absicht, sich und einem Breslauer Arzt (!) einen rechtswidrigen Vermögensvorsprung zu verschaffen, das Vermögen der ersatzpflichtigen Ortskrankenkasse um die erwähnte Summe geschädigt zu haben.

Damit sind unsere Behauptungen vollumfänglich bestätigt worden. Wir sind begierig, welche Weiterungen der Fall noch ziehen wird.

Die NSD. ist als eine feste Stütze der sozialdemokratischen Bewegung bekannt. Die Angestellten gehören fast sämtlich der SPD. an. Die Affäre ist also nicht ein Fall NSD. — sondern ein Sammelstück, der überaus dort entsteht, wo sozialdemokratische Angestellte und Postenwärter das „Hineinwachsen in den Sozialismus“ praktisch durchführen.

Gestern abend wurde nun gemeldet, daß die seit Monaten an-

Wie kann die Einheitsfront des Jungproletariats verwirklicht werden?

Darüber spricht Genosse Schilderwan in öffentlicher Jugendversammlung des kommunistischen Jugendverbandes am heutigen Mittwoch 20 Uhr im „Zentralballsaal“, Westendstraße. — Wir fordern die SAJ.-Mitglieder, Jungsozialisten, SPD.-Mitglieder und die Gewerkschaftsjugend zur Diskussion auf. Die Führung der SAJ., Jungsozialisten, Gewerkschafts- und Freierjugend ist durch Briefe eingeladen worden.

Mißstände bei der Marstallverwaltung

Bei der Breslauer Marstallverwaltung herrschen Zustände, die an den alten Kasernen erinnern. Die Arbeiter müssen dort mit ihren Wagen förmlich exerzieren, müssen zum Appell antreten und werden, wenn es nicht so klappert, oder die Sachen von der schmutzigen Arbeit schmutzig sind, von den Vorgesetzten und der dort bestehenden Greiderprüfungskommission (der auch der Gewerkschaftsbund angehört) angechnauzt — wie zu Wilhelm des Ausreißers uralten Zeiten. Alles dies unter den Augen des reformistischen Betriebsrates. Kollegen, Marstallarbeiter, macht Schluss mit diesem System. Fordert eine Belegschaftsversammlung zur Abwehr solcher Maßnahmen. Wählt bei den kommenden Betriebsräte-wahlen nur solche Kollegen, die gewillt sind, mit solchen Zuständen aufzuräumen. Von den „Christlichen“ und „Freigewerkschaftlichen“ Songen könnt ihr dieses nicht erwarten. Darum stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, werdet Mitglieder der NSD., um solchen Zuständen ein Ende zu bereiten.

Eure Solidarität dem politischen Kampftheater!

Unter dieser Parole beging die neuformierte Ortsgruppe Breslau des „Arbeiter-Theater-Bundes Deutschland e. V.“ am 30. Januar den Internationalen Tag des Arbeitertheaters. Das proletarische Publikum hatte sich überraschend zahlreich eingefunden. Viele sozialdemokratische Arbeiter und Jugendliche waren erschienen. Der Beifall, der nach dem von den drei mitwirkenden Truppen gemeinsam durchgeführten Aufmarschlied „Wir sind rote Agitatoren“ (Text und Musik von B. N. Luft) einsetzte, hielt nicht nur während des folgenden Vier-Stunden-Programms durch, sondern steigerte sich bis zu den Schlussjahren.

Das „politische Arbeitertheater“ zu einer ständigen Einrichtung des revolutionären Proletariats zu machen, hat sich die Ortsgruppe des Arbeiter-Theater-Bundes zur Aufgabe gemacht. Jeden Monat wird eine Aufführung durchgeführt werden.

Die zweite Veranstaltung des „Arbeitertheaters“ findet am 27. Februar, 20 Uhr, im großen Saal des „Schießwörder“ statt. Kartenverkauf bei den Funktionären und in den aus den Plakaten ersichtlichen Vorverkaufsstellen.

Marxistische Arbeiterschule

Heute 20 Uhr: Stenographiekurs (Mehrschrift) bei Mosler, Uferstraße 20. Letzter Anmeldetermin Donnerstag 20 Uhr im selben Lokal. Kursus: „Imperialismus, Militarismus, Bolschismus!“ mit Genossen G. Wolfweber als Referenten.

Note Hilfe, Nord. Donnerstag, 19 Uhr, Mitgliederversammlung bei Böbig, Enderstraße 1.

Freier Radiobund. Am Sonnabend, dem 21. Februar, fällt die Technikerfeier mit verbundenem Vastelabend aus. Dafür findet am darauffolgenden Sonnabend eine wichtige Mitgliederversammlung statt, bei der zu erscheinen jedem werktätigen Rundfunkhörer zur Pflicht gemacht wird. Näheres wird nach Bekanntgeben.

NSD. West. Alle Jugendgenossen und -genossinnen finden sich am Mittwoch 20 Uhr im Zentralballsaal ein.

Der Mann mit der Kamera

Ein neuer russischer Film erstmalig in Breslau. Ein Querschnitt durch das Russland von heute — keine Kuliszen — das Leben, wie es ist, durch das „Kinoauge“ gesehen. Dieser Film wird Donnerstag und Freitag, den 19. und 20. Februar, erstmalig in Breslau, im Gewerkschaftshaus-Kino, Margaretenstraße, gezeigt. Die russische Filmkunst hat uns schon oft in Erstaunen versetzt, auch dieser Film bringt wiederum den Beweis der sich immer weiter entwickelnden Filmkunst Sowjetrusslands.

Der Film stellt ein Experiment der Filmübertragung sichtbarer Erscheinungen dar. Dieses Experiment soll dazu führen, eine tatsächliche, internationale, absolute Filmprache zu schaffen, ohne irgendwelcher Anteil an das Theater oder die Literatur. Der Film verzichtet aus diesem Grunde auf jeden Titel, also auf das geschriebene Wort im Film. Nur das optische Bild in allen seinen Variationen wird zur Sprache. Der Regisseur dieses Films, Siga Werthoff, hat durch zweckmäßige Film-Montage, durch organische Stoffeingliederung, Senierung der Beobachtung, eine Bildharmonie von einer verblüffenden Vollendung geschaffen. Zwei Hauptakteure gibt es in diesem Film, einmal das Kollektiv der Sachen und Menschen zweier Städte — New und Moskau — und der anderen Seite „der Mann mit dem Kinoapparat“, der sich des Kollektivs bemächtigt. Immer wieder taucht das Kinoauge auf und starrt sich auf das Kollektiv des Lebens. Das Kinoauge benutzt die Zeitlupe und den Stopfen, die bis zur Unkenntlichkeit gesteigerte Vergrößerung und Verkleinerung, und der Schnitt im wechselnden Tempo versehen den Zuschauer, der mit seinem Auge die Geschehnisse gleichsam einschließt, in eine ganz bestimmte Weltanschauung.

Jeder Versuch, diesen Film im üblichen Sinne zu „beschreiben“, dürfte vergebliches Bemühen sein. Aber gerade in dieser Unbeschreiblichkeit liegt die große Stärke des Films. Bestimmte Lebensepisoden oder Schicksale und Entwicklungen von Geschöpfen und auch Sachen — kann man in Worten wiedergeben. Wo aber bleiben die Worte, wenn es sich um Hunderte, ja Tausende blühtig hingeworfene

Lebensmomente handelt, die aus der Existenz von Menschen, Tieren und Dingen unmittelbar herausgegriffen sind?

Was der Film „Der Mann mit der Kamera“ gibt, ist das Leben selbst im direktesten Sinne des Wortes. Das Kaleidoskop eines aus unzähligen Einzeldingen — Einzelbewegungen — Einzelgeschehnissen eines bestehenden Rechenorganismus. Dieser Film lehrt, so lebendig es klingen mag, unsere Augen zu ihrer eigenen Verwunderung erst wirklich sehen, was immer um uns war und ist — was täglich tausendfältig an uns vorüberzieht. Plötzlich erkennen wir den ungeheuren optischen Zauber — den allgemeinen Bewegungsrhythmus, der im Alltäglichen liegt, und das scheinbar Zusammenhängende offenbar sich uns als ein fesselndes Ganzes — von gewaltigen dramatischen Kräften erfüllt — von einer Wirkungsintensität, die der des stärksten Spielfilms nicht nachsteht.

Menschen — Straßenbilder — Häuser — Türme — Schornsteine — ruhende und laufende Maschinen — Geburt — Krankheit — Tod — Wasser und Feuer — Hochzeit und Begräbnis — Landstraßen und Eisenstränge — vorüberdunrende Züge — Läden und Wohnungen — Arbeit und Vergnügungen — Freude und Schmerz — Hunderte kleine Menschlichkeiten — in immer neuen Beziehungen zueinander — in immer neuen Perspektiven. Die einfachsten, selbstverständlichsten Dinge werden plötzlich zum Erlebnis. Einbrüche — die jeden Tag — ja jede Minute und Sekunde unbewußt auf unserer Netzhaut haften — dringen hier ins erstaunte Bewußtsein und formen sich zu einem hürschenden Gesamteindruck.

Wiederum zeigt der Film, unter welcher bewußter Arbeit die russische Filmkunst neue Wege beschreitet. Unabhängig vom geschriebenen Wort soll die Bildkomposition auf den Menschen wirken. Gerade im Zeitpunkt, wo eine neue Kunstform im Tonfilm die Geburtswehen durchquert, ist dieser Versuch, einen neuen Weg der Filmkunst zu finden, mehr als beachtenswert, denn der Ton soll ja im Film nicht Träger der Handlung sein, dies wird optisch vom Filmbild verlangt, sondern akustische Bildverstärkung. Ob abhängig vom Filmbild oder unabhängig, dies wird erst die neue Tonfilmkunst beweisen müssen.

Alle Freunde der Filmkunst werden die Aufführung, die erstmalig in Breslau im Gewerkschaftshaus stattfindet, mit Freude begrüßen. Die Aufführung findet Donnerstag und Freitag, den 19. und 20. Februar 1931, um 17 und 20 Uhr statt.

Verkäuflerin durch herabfallenden Fuß verletzt. Als gestern die Verkäuferin Hildegard P. die Schneidmischer Straße entlang ging, fiel von einem Grundstück Müll ab. Die P. wurde am Kopf verletzt und mußte nach dem Wenzel-Bande-Krankenhaus gebracht werden.

„Feierabend, bessere dich!“ Zu dem unter dieser Überschrift veröffentlichten Artikel wird uns mitgeteilt, daß die Kritik an der Methoden des Hausbesizers nicht in allen Teilen zu recht begründet ist. Feierabend behauptet z. B., daß es nicht möglich sei, den Taubenboden in einen Wäschboden umzuwandeln, da der Raum dazu zu klein sei. Das Licht sei den Mietern wegen Gefahr des Kurzschlusses abgeregelt worden. Auch habe er niemals die Begründung der Stille gefordert. Feierabend betont in dem an uns gerichteten Schreiben, daß er eben falls nur Arbeiter ist. Nachdem wir nun auch ihn zu Worte kommen lassen, glauben wir die Angelegenheit als erledigt zu betrachten.

Stabelwitz. Die Sammelkassen zum Kampftongreß gegen den Faschismus müssen bis zum 25. Februar bei Wolf abgerechnet sein. — Am Sonntag marschieren wir auf's Land. Treffpunkt früh 7,30 Uhr, am „Rolkgarten“, Stabelwitz.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Donnerstag und Freitag, um 5 und 8 Uhr:

Jugend hat Zutritt!

Der Mann mit der Kamera

Das Kinoauge — Ein Experimentalfilm

Auf der Bühne:

Zwei Tordados - Komische Rollenspieler

Pat und Patation als Filmbilder

Erwerbslose bis 5,30 Uhr und Kinder nur 25 Pf. Besucherpreis-Mitglieder 50 Pf., alle anderen 70 Pf.

Warum ist der Zusammenschluß aller werktätigen Schichten notwendig?

Darüber spricht ein Vertreter der kommunistischen Partei in einer öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 20. Februar, im „Oberstrom“, Uferstraße. — Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende von Scheitling, erscheint zahlreich!

Waldenburger Bergland Hoffmann verhöhnt die Bergarbeiter

Die „Bergwacht“ versucht sie zu verwirren — Kumpels, eure Antwort: Sinein in den Einheitsverband!

Am Mittwoch vergangener Woche wurde der Lohnrauschspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Damit ist der Lohnraub vorerst perfekt. Es gilt, den Kampf zur Eroberung des geraubten Lohnes zu organisieren. In diesem Felde müssen die Betriebsratswahlen stehen. Nur solche Kameraden dürfen kandidieren, die bereit sind, an der Spitze der Betriebsräte mitzuwirken, den Kampf zu führen.

Die „Bergwacht“ — im Auftrage der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie — versucht, die Bergarbeiter zu verwirren, indem sie den Kommunisten die Verbreitung einer Nachricht unterstellt, wonach die Gewerkschaftsbürokratie den Unternehmern sechs und acht Prozent angeboten hätte. Damit versucht die „Bergwacht“ die Aufmerksamkeit der Bergarbeiter von der Tatsache abzulenken, daß die Gewerkschaftsbürokratie einen Lohnraub von fünf Prozent vorgeschlagen hätte. Sechs und acht Prozent vorzuschlagen hat Hoffmann doch nicht gewagt, um die Zahl der Austritte aus dem Bergbauindustriearbeiterverband nicht noch mehr zu steigern. Die Kameraden werden auf die Verwirrungsversuche der „Bergwacht“ nicht hineinfallen. Sie haben erkannt, daß sie eine Klassenkampforganisation benötigen, daß niemand mehr den Streikführerorganisationen angehören darf, deshalb werden sie mit derselben Energie wie in der ersten Woche die Werbung für den Einheitsverband fortsetzen mit dem Ziel, ihn zu einer Massenorganisation auszugestalten, mit seiner Hilfe und unter seiner Führung den geraubten Lohn zurückzuholen.

Zu der Lohnbewegung bemerkt die „Bergwacht“ „abschließend im Auftrage der Organisation der Bergarbeiter“, besser gesagt der Hoffmann und Konsorten:

„Wir sind gegen jeden Lohnraub (wer glaubt es?) und verurteilen ihn aufs Schärfste, weil dadurch die Lösung der Wirtschaftskrise gehindert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Wenn wir

jetzt trotzdem einen Schritt nach rückwärts tun müßten, so deshalb, weil die grundsätzliche Frage des Lohnraubs entschieden (?) ist, und weil im augenblicklichen Moment die wirtschaftlichen Verhältnisse das Einsetzen des letzten gewerkschaftlichen Mittels verbieten (?)“. Wir geloben uns aber, diesen Schritt nach rückwärts sofort wieder auszuholen, wenn die Wirtschaftsverhältnisse für uns günstiger sind.“

Jedes Wort eine Lüge und eine Demagogie. Gewiß, Hoffmann und Konsorten sind gegen jeden Lohnraub — wenn es um ihre Gehälter geht, nicht aber um die Löhne der Bergarbeiter. Hoffmann und Konsorten haben den Lohnraub vorgeschlagen und durchgeführt, weil er „grundsätzlich bereits entschieden“ war, das heißt weil die Unternehmer und ihre Regierung einen Lohnraub im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft für erforderlich hielten. Hoffmann und Konsorten geloben — in Zukunft das selbe zu tun, vielleicht fünf Prozent sechs und acht Prozent Lohnraub durchzuführen, denn der Hinweis auf die Wirtschaftskrise verfangt nicht. Was wir im Bergbau bis zum Jahre 1929 und insbesondere 1928 während des englischen Bergarbeiterstreiks Hochkonjunktur hatten, da sagten dieselben Hufe- und Hoffmann, die deutschen Bergarbeiter müßten im eigenen Interesse und im Interesse der Wirtschaft die Konjunktur ausnutzen, d. h. Streikbeschwerden zurücklassen. Ob Hochkonjunktur, ob Krise — die Gewerkschaftsbürokraten „verschleichen“ den Kampf immer auf eine spätere angeblich günstigere Zeit, d. h. sie führen niemals einen Kampf.

Zawohl, die niederschlesischen Bergarbeiter werden den geraubten Lohn zurückholen. Doch nicht unter Führung von Hoffmann und seinen Leuten, sondern im härtesten Kampf gegen ihn und seine Clique. Um das so schnell wie möglich erreichen zu können, bauen sie jetzt ihren Reichsbanner-Bergarbeiterverband auf und werden den Bergbauindustriearbeiterverband, den Hoffmann zu einer Streikführerorganisation ausgestaltet will, zerbrechen und alle ehrlichen kämpfgewillten Bergarbeiter im Einheitsverband vereinigen!

Wie die „Krankheit“ des Herrn Olomm aussieht

Saarau. Wir haben schon des öfteren Gelegenheit gehabt, die Zustände auf der hiesigen Nebenstelle des Arbeitsamtes kritisch zu beleuchten. Dabei hat der auf dem Amt beschäftigte Herr Olomm auch immer eine ziemlich Rolle gespielt. Der „Talentbrang“ dieses Herrn hat nun vor kurzem dazu geführt, daß er in nicht gerade sehr angenehme Berührung mit Proleten geriet, die sich als Objekte dieses Talentbranges zu gut dünkten. Daraus wurde dann von interessierter Seite eine regelrechte „Niederbergschichte“ gedreht. Herr Olomm wurde so eine besondere Art „Martyrer“ mit entsprechender „Krankheit“. Das gab den Erwerbslosen Veranlassung, sich die Krankheit ein wenig näher anzusehen, und als Ergebnis wurde dem Arbeitsamt die folgende Besondere unterbreitet:

„Der Leiter der hiesigen Arbeitsamt-Nebenstelle Herr Olomm, welcher seit dem 5. Februar 1931 vom Dienst wegen Krankheit be-

urlaubt ist, hielt sich am 14. Februar 1931 in der Zeit von 19 bis 20 Uhr in Saarau in total betrunkenem Zustande auf. In seiner Begleitung befanden sich die Herren Seifert (ebenfalls stark angetrunken) sowie Herr Ritz. Letzterer war nicht betrunken. Die Herren Olomm und Seifert machten sich besonders durch ihren Gesang „Hoch lebe die Jagne Schwarz-Weiß-Mat“ und zur Abwechslung Schwarz-Rot-Gold usw. auf, sich aufmerksam. Wir sind der Meinung, wenn Herr Olomm an inneren Quetschungen leidet, müßte es ihm nicht möglich sein, sich vollkommen betrunken im Ort aufzuhalten. Ober sollte sich Herr Olomm die Quetschungen im Hotel „Schwarzer Adler“ zugezogen haben? Wir fordern sofortige Entziehung des Krankenscheines sowie sofortige Entlassung von der hiesigen Arbeitsamt-Nebenstelle.“

Niederschlesien

Wenn das Dritte Reich kommt

Nazi-Gutsbesitzer zahlt den Landarbeiterfrauen 15 Pfennige Stundenlohn

Grünberg. Wie es im Dritten Reich der Nazi-Mittergutsbesitzer, Grafen, Barone und Freifreien aussehen wird, davon bekommen die Landarbeiter schon jetzt einen Vorgeschmack. Ein „feines“ Exemplar dieser Konjunktur ist der Nazi-Gutsbesitzer Junke aus Schmeinitz. Er zahlt den Landarbeiterfrauen 15 Pfennig pro Stunde. Trotz des geringen Lohnes läßt er außerdem die bei ihm beschäftigten Arbeiter noch zwei bis drei Wochen auf ihren länglichen Lohn warten. Bequemt er sich wieder einmal zu zahlen, da gibt er den Leuten nur den Lohn für eine Woche. Als die Landarbeiter berechtigterweise ihren Restlohn forderten, erwiderte er ganz freundlich: „Euer Lohn kann doch nicht schon wieder alle sein“ und wies sie ab.

Die Arbeiter waren dadurch gezwungen, von acht Mark drei Wochen lang zu leben. Ein Freiarbeiter, der auf seinem Gute wohnt, erhält außer einem geringen Deputat ganze zwei Mark Barlohn pro Monat. Eine Witwe, welche mit ihren beiden erwachsenen Töchtern auf dem Gute dieses „recht lehrhaften“ Mannes wohnt und schon über 20 Jahre lang dort beschäftigt ist, möchte er infolge ihres hohen Alters gern loswerden. Für die Leude

Wohnung wird ihr und den Töchtern von dem geringen 15-Pfennig-Stundenlohn noch zwei Pfennig pro Stunde als Miete abgezogen. Dadurch erreicht die Miete eine Höhe, die dieser Stall, gemauert Wohnung, überhaupt gar nicht wert ist. Trotz dieser Saugzähne erdreistet sich der Nazi-GV-Inspektor, in die Landarbeiterwohnungen zu gehen, um Mitglieder zu werben.

Landarbeiter, verjagt diese Faschisten aus euren Wohnungen. Die Krautjunker saugen euch aus, und wenn ihr verdrückt seid, werfen sie euch auf das Straßenpflaster. Zum größten Teile seid ihr schon aus dem Landarbeiterverbande ausgestiegen, weil die SPD-Verbandssekretäre gegen die Lohnräuber nichts unternommen haben und sich um euer Elend nicht kümmern. Wollt ihr kämpfen für die Verbesserung eurer Lebenslage, dann schließt euch zusammen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter Führung der Kommunistischen Partei. Wollt ihr den Faschismus abwehren, dann hinein in den Antifaschistischen Kampfbund! Gründet Ortskomitees gegen den Faschismus, wählt Delegierte zum Antifaschistischen Kampfkongreß am 1. März in Breslau. Schließt die rote Einheitsfront gegen die faschistische Ausbeuterklasse!

Sagan

Die Kleinen kassiert man, die Großen läßt man laufen

Wir erfahren, daß ein Teil der Armengeldempfänger am vergangenen Sonnabend (am Faschtag) von der Stadthauptkasse nur sechs anstatt acht Mark erhalten hat. Diese Maßnahme des Wohlfahrtsamtes können wir noch nicht ganz übersehen, glauben aber, daß außer dem Fall Blum, Schmidt usw. die Kollegen des Erwerbslosen Ausschusses recht bald in Kenntnis setzen werden, um nötige Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Der Reichstag der Allgemeinen Fürsorge, also der Armengeldempfänger, beträgt acht Mark pro Woche, mithin 32 Mark monatlich. Frauen erhalten 50 Prozent hiervon sowie 25 Prozent als Kinderzuschlag. Wir verlangen Auszahlung des vollen Reichstages für alle. Der Fürsorgearbeiter Lubwig, der jahrelang als Hilfsangehöriger und rechte Hand des Wohlfahrtsdezernenten im Zimmer 6 tätig ist, brachte es fertig, als Kammer SPD-Mann dem Armengeldempfänger Schmidt, Hühendorfer Straße, anlässlich einer verlegten Brotkarte zu erklären: „Ihr Brüder bekommt doch eine Brotkarte, da müßten Sie teilen.“ Wir sagen Herrn Lubwig, Bürgermeister wird er doch nicht, und wenn er noch mehr als SPD-Mann den heutigen vermorsten Staat zu schützen versucht. Zeilen müden die die etwas zum Teilen desigen; der Wohlfahrtsdezernent

hat nicht monatlich 32 Mark, sondern 333 Mark. Der kann man Schneppen, hier ist was zum Zeilen, ohne Aufwandserschädigung!

Lauban

Im Sturmschritt voran, der Einheitsfront entgegen

50 Reklamemaßnahmen für den Kampfbund konnte die Ortsgruppe Lauban in einer ihrer letzten Versammlungen buchen. Genosse Müller hatte es durch sein Referat verstanden, die Versammlungsteilnehmer zu überzeugen, daß der Kampf gegen den Faschismus nur von einer organisierten Arbeiterklasse unter Führung der SPD siegreich beendet werden kann. Wir begrüßen die neuen Kämpfer mit einem „Sturm bereit!“ Vorwärts, Proleten, reißt euch ein in die rote Klassenfront, zeigt der braunen Woywode, daß ihr bereit seid, den Kampf aufzunehmen für die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse zur Errichtung eines Sowjetdeutschlands.

Langenöls

Reichsbanner-Versammlung

Am Freitag, dem 13. Februar, war es dem Reichsbanner, der SPD und dem ADGB, eingeleitet, in einer öffentlichen Versammlung den angestrebten Kampf gegen den Faschismus vorzutauschen. Referent Erusche, Oberst, konnte es sich nicht nehmen lassen, gegen die SPD zu gehen, während er gegen die Nazis nur zu sagen mußte, daß ihre Führer ehemalige Offiziere und Generale seien und der Kampf gegen sie nur auf parlamentarischem Wege geführt werden könnte. Nachdem er mit seinem Referat zu Ende war, meldete sich unser Genosse Franz Lauban, zur Diskussion; er erhielt eine Viertelstunde Redezeit, was unter den Besuchern einen großen Sturm hervorrief. Genosse Franz knüpfte an die Worte des Referenten an, „daß nur alle, im Kampf ergrauten Männer, das Recht hätten, über Politik zu sprechen“. Er mußte sich aber vom Genossen Franz eines anderen belehren lassen. Dieser zeigte auf, daß nur die kommunistische Partei den Kampf gegen den Faschismus führt, und nicht Sozialisten, Faschisten und andere, und daß gerade diese Führer an der Verelendung der arbeitenden Klasse Schuld hätten. Natürlich mußten sich die altbekannten Fanatiker durch lächerliche Zwischenrufe Luft machen.

Daß Genosse Franz den richtigen Weg gezeigt hatte, bewies der starke Beifall. Als zweiter aus der Versammlung heraus sprach, da vorher keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, der SPD-Konjunktungsangestellte Erusche, der eine demagogische Rede entfaltete wegen den Vorfällen im Konsumverein Merseburg. Als Genosse Franz gegen diese Rede zur Geschäftsordnung sprechen wollte, wurde ohne weiteres darüber hinweggegangen, weil man nicht zulassen konnte, daß die anwesenden Arbeiter von der Wahrheit unterrichtet würden. Im Schlußwort mußte sich Herr Erusche nicht anders zu helfen, als ebenfalls in kommunistischer Sprache zu machen und gegen den Genossen Hubel persönlich vorzugehen. Damit besiegelte er, daß er mit seinem „geistigen“ Wissen zu Ende war. Am Mittwoch, dem 18. Februar, um 20 Uhr, wird der Genosse Franz in einer von uns einberufenen öffentlichen Versammlung in Langenöls („Brauerei“) sprechen. Thema:

„Antwort auf die Reichsbanner-Versammlung.“

Arbeiter aller Schichten, erscheint in Massen!

Hermesdorf u. K.

Die 13. Woche ohne Unterstützung

Genosse Hausa sprach in einer öffentlichen Versammlung im Gasthaus Heider. Es folgte nach seinem Referat eine Diskussion, in der auch der Gemeindevorsteher Einwendungen gegen die Auszahlung der 13. Unterstützungswoche für Wohlfahrtsempfänger bei Abschluß der Vierteljahresrechnung an das Kreiswohlfahrtsamt machte. Es wurde festgestellt, daß man den dortigen Wohlfahrtsempfängern 11 Wochen laufend und nicht richtig nach den Vorschriften des Kreisfürsorgeverbandes die Unterstützung gezahlt hat. Dem man zahlte einer dreiköpfigen Familie monatlich 42 Mark, und 58 Mark stehen ihr zu. Da nun aber das Vierteljahr 13 Wochen hat, müssen die 12. Wochenunterstützung für Woche 12 und 13 geteilt werden. Also für diese beiden Wochen soll nur der halbe Unterstützungssatz gezahlt werden, da man sonst mit dem Geld nicht auskäme. Nun, wir sagen dem Gemeindevorsteher sowie dem örtlichen Fürsorgeausschuß: Die Erwerbslosen von Hermesdorf werden eine beachtliche vierzehntägige Unterstützungszahlung, so wie es der Gemeindevorsteher glaubt machen zu müssen, nicht zulassen. Hier muß beim Kreis-ausschuß ein Antrag auf Zahlung der 13. Woche gestellt werden und eine Erhöhung der Reichstages erkämpft werden, denn die Erwerbslosen wollen in der 12. und 13. Woche genau so essen, wie in der üblichen Unterstützungsperiode.

Aus dem Riesengebirge

Petersdorf

Verlichtigung

In dem Bericht über die „Straßenschlacht in Petersdorf“ ist uns infolgedem ein Fehler unterlaufen, als daß es nicht heißen muß, „der Herr Amtsvorsteher hat mit dem Revolver hinter seiner Haustür gestanden“, sondern „der Ristenfabrikant und Kommunistenfürer Weiß“

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller. Berlin: für den übrigen Teil: Ernst Bollweber. St. d. S. Breslau. — Für Inserate: Carl Sandorf, Breslau.

Circus Busch
Schau-Arena
Täglich 8 1/2 Uhr
Meister-Ringer
Turnier
um den
Golden-Gürtel
von Breslau
Tägl. 4 - 5 Kämpfe

Wandbleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Knäulen, Wäsche
und Schmuckstücken

Parteilgenossen!
Kauft nur bei den Inserenten
Eurer Zeitung

Wacht am Rhein, Liegnitz
Achtung! Erwerblos
Donnerstag, 20 Uhr
Volks-Vorstellung
Einheitspreis für alle: 40 Pfg.
Panzerkreuzer Potemkin

Grünberg

Rote-Hilfe-Versammlung wählt zwei Delegierte zum Kampfkongreß am 1. März

Am Freitag, dem 13. Februar, sprach der Genosse Preis aus Breslau in einer sehr gutbesuchten Versammlung der Roten Hilfe über das Thema: „Wenn das Dritte Reich kommt.“ Der Referent rief den Nationalsozialisten die Maske vom Gesicht und zeigte ihr verlogenen demagogisches Treiben in und außerhalb des Reichstages klar auf. Die Nazis sind die Hundersknechte des Kapitals, das gegen die vielen Morde, welche sie an Klassenbewußten Arbeitern begangen haben zum Schutze des Großkapitals. Großes Interesse erweckten die Ausführungen des Gen. Preis über den Antireichspropaganda 218 und seiner Auswirkung auf die proletarische Front. Der Referent wies nach, daß die Rote Hilfe nicht nur Hilfs-, sondern auch Kampforganisation sein muß, um der Arbeiterklasse in ihrem Kampf ausreichenden Schutz zu gewähren. Das Referat wurde bis zum Schluß mit der größten Aufmerksamkeit aufgenommen. Es wurden 15 Reklamemaßnahmen gemacht sowie zwei Delegierte zum Antifaschistischen Kampfkongreß gewählt.

Die kommunistische Landtagsfraktion

gegen den verfoffenen Oberstaatsanwalt

Glag. Wir berichteten vor kurzem über einen Vorfall, der ein außerordentlich bezeichnendes Licht auf gewisse Zustände im Schieferen wirft. Am laufenden Band werden hier die Proleten verurteilt, während notorische Lumpen wie der berüchtigte Nowotny, von dem wir neulich berichteten, frei umherlaufen. Dieser Zustand wird bis zu einem gewissen Grade leichter verständlich, wenn man weiß, was sich unter diesen schwarzen Talarkrägern für Gesellen befindet. So konnten wir, wie eingangs angedeutet, aus Glag berichten, daß der dortige Oberstaatsanwalt Labewig in total besoffenem Zustande loszujagen im Minnstein von Arbeitern gefunden wurde. Unsere Landtagsfraktion hat daraufhin folgende kleine Anfrage eingereicht:

„Der Arbeiterschaft von Glag (Schlesien) ist allgemein bekannt, daß der dortige Oberstaatsanwalt Labewig sehr häufig in stark angetrunkenem Zustande des Nachts oder des Morgens nach Hause geht. Kurz vor Weihnachten wurde er wiederum in kranke, betrunkenem Zustande — vor einer „Gelligenfigur“ der Minoritätstische in Glag auf dem Banche liegend — im Morgengrauen aufgefunden. Der Volksgewaltmeister Gubrich brachte den Oberstaatsanwalt Labewig mit vieler Mühe in seine Wohnung. Trotzdem der unmäßige

Genuß von Alkohol des Oberstaatsanwalts Labewig allgemein bekannt ist, befindet er sich noch im Amt und sorgt dafür, daß zahlreiche Arbeiter wegen geringster Vergehen in das Gefängnis fliegen.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Steht das Verhalten des Oberstaatsanwalts Labewig im Einklang mit seinen dienstlichen Pflichten?
2. Wenn nicht, was gebietet das Staatsministerium zu unternehmen, um die Arbeiterschaft vor einem derartigen Staatsanwalt zu schützen?“

Es bleibt nun abzuwarten, was das Preussische Justizministerium auf diese Anfrage zu antworten für gut befinden wird. Möglicherweise immerhin, daß dieser famose Oberstaatsanwalt weiter Arbeiter ins Gefängnis werfen darf, weil es ja in Glag noch Kollegen des Herrn Oberstaatsanwalts gibt, die, gemessen mit dem Maße der bürgerlichen Moral nicht in allzu großem Abstand von diesem stehen. Die Arbeiterschaft aber wird sich diesen Oberstaatsanwalt auf die Dauer nicht gefallen lassen, sondern den Kampf in verschärfter Form gegen diese fonderbare „Bierde“ der weißen Justiz aufnehmen.

die bisherigen Tarifwünsche bis zum 31. Januar nächsten Jahres festlegt.

Die Bischofs-Regierung hat diesmal nicht gewagt, einen Lohnstreik durchzuführen, und das nur deshalb, weil die Bergarbeiterkassen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gestützt im Kampf da stand. Dieses Beispiel muß auch die Kameraden im Deutsch-Oberschlesien veranlassen, sich den Betriebsgruppen der RGD anzuschließen. Die Bergarbeiter im Steinkohlen- wie im Erzbergbau müssen Mitglieder des Einheitsverbandes der Bergarbeiter werden.

Roter Betriebsräteflug bei Zhyffen

Duisburg, 15. Februar. Vorgestern und heute fanden bei der Vestag-Schachtanlage Zhyffen 2-5 die Betriebsrätewahlen statt. Da im letzten Jahre 1400 Mann abgebaut worden sind, war die Zahl der Wähler in diesem Jahre weit geringer. Die Arbeiter erhielten 633 Stimmen, im Vorjahre 1328, und sanken von 35 auf 27 Prozent der allgemeinen Stimmentzahl. Die Christen bekamen 304 (670) Stimmen und verloren von ihren 18 Prozent 5 Prozent.

Kathaus unter Massendruck Arbeitsloser

In Aken (Mitteldeutschland) waren vor einigen Tagen die Arbeitslosen und die Invaliden vor dem Rathaus in Massen aufmarschiert. Unter dem Druck der Arbeitslosen wurden die von der SPD eingereichten Anträge der Erwerbslosen und Invaliden angenommen. Außerdem mußte die vom Bürgermeister vorgenommene ungerechtfertigte Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden der Städtischen Werke zurückgenommen werden.

Das Beispiel beweist, daß die Arbeitslosen sehr wohl etwas durchsetzen können, wenn sie in großen Demonstrationen vor den Rathäusern aufmarschieren. Die Arbeitslosen und Betriebsräte müssen weiter mobilisieren, um den 25. Februar zu einem wichtigen Kampftag zu machen.

Kleinbauern und Arbeiter als Delegierte zum antifaschistischen Kongress gewählt

Darmstadt, Arelis Oppeln. Die am Sonntag stattgefundene Versammlung hat bewiesen, daß die Bauern sowie Arbeiter auf dem flachen Lande nicht mehr gewillt sind, sich weiter unter der Diktatur Notverordnungen ausbeuten zu lassen. Ein Genosse aus Oppeln, der dort über die Faschisierung der Brüning-Regierung sowie über die Notwendigkeit des antifaschistischen Kongresses sprach, fand guten Anklang. Gleich darauf wurde ein Bauer und ein Arbeiter zum Kongress gewählt. Anhänger der braunen Mordpest, die dort anwesend waren, haben es nicht gewagt, zu sprechen.

Kleinbauern, Arbeiter, schart euch eng um die Fahne der Volksrevolution bis zum endgültigen Sieg über die kapitalistische „Ordnung“.

Der Ratgeber für jeden Erwerbslosen ist da!

Das Nachschlagewerk für die Mitglieder der Erwerbslosenausschüsse und für jeden Erwerbslosen ist soeben zum niedrigen Preise von 20 Pfg. erschienen. Ueber jede Frage der Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung der Arbeitslosen, Arbeitslosenunterstützung, Pflicht- und Notstandsarbeit, Einbruchverfahren usw. gibt die Broschüre

„Notverordnung — Hungerverordnung“

erhellende Auskunft.

Erwerbslosenausschüsse, sorgt für Massenverbreitung!

Bestellungen auf diese Broschüre sind aufzugeben an das Reichsamt für den Erwerbslosen, Gustav Wiesner, Breslau, Breite Straße 6/7.

In der nächsten Ausgabe des „Arbeitslosen“ erscheinen im „Juristischen Berater“

Die neuen Richtlinien des Landes-Arbeitsamtes Schlesien vom 8. März mit den Ausführungsbestimmungen, die am 1. März 1931 in Kraft treten.

Jeder Erwerbslosenausschuß, insbesondere diejenigen mit landwirtschaftlichem Hintergrunde, muß diese Nummer lesen und für weitestgehende Verbreitung sorgen. Erwerbslosenausschüsse, die bisher den „Arbeitslosen“ noch nicht bezogen haben, wollen umgehend Bestellungen aufgeben.

Die Not der Großagrarien!

Millioneneinkünfte und üble Spekulationsgeschäfte mit Osthilfe-Geldern

Ratibor. Wie es mit der Notlage der Großagrarien in Wirklichkeit bestellt ist, werden wir in folgendem an dem typischen Beispiel des Herzogs Viktor August Maria von Ratibor zeigen, dem allein 23 landwirtschaftliche Großbetriebe im Kreise Ratibor mit einer Gesamtfläche von 28 216 Hektar gehören und der ein ungeheures Millioneneinkommen versteuert.

Nach dem Steuerbescheid des Ratiborer Finanzamtes hat der Herzog von Ratibor für die Zeit vom 1. November 1928 bis zum 31. Oktober 1929 ein reines Einkommen aus seinem landwirtschaftlichen Großbetrieb von rund 1 200 000 Mark zu versteuern. Von diesem Betrage sind selbstverständlich bereits alle Werbungskosten und alle mit den Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhange stehenden Ausgaben abgezogen worden, und diese Abzüge sind selbstverständlich nicht knapp bemessen und machen selbst für sich allein einen Millionenbetrag aus. Was zur Versteuerung übriggeblieben ist, ist selbstverständlich nur das, was einfach nicht mehr zu versteuern und zu verheiraten war.

Und dieses reine Jahreseinkommen beträgt bei dem Herzog von Ratibor noch immer weit über eine volle Million.

Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß der Herzog zu den notleidenden Großagrarien gehört, die einen teuren Bissen aus der neuen Osthilfe erhalten sollen.

Der Fall des Herzogs von Ratibor ist für die Notlage der feindlichen Großgrundbesitzer ein typisches Beispiel.

Die Großgrundbesitzer denken in Wirklichkeit gar nicht daran, mit den Millionen, die sie von der Osthilfe erwarten, ihre Betriebe zu sanieren. Auch dafür vermögen wir ein typisches Beispiel anzuführen:

Bei der ersten Osthilfeaktion erhielt der ober-schlesische Großagrarier Graf Praschma, der 17 landwirtschaftliche Großbetriebe besitzt mit einer Gesamtfläche von 13 103 Hektar, 500 000 Mark, eine runde halbe Million. Diese halbe Million verwandte der Graf nicht etwa zur Abdeckung von Schulden oder zur sonstigen Sanierung und Verbesserung seiner Betriebe,

sondern er kaufte für diese halbe Million zu Spekulationszwecken 800 Morgen Wald.

Den Wald ließ er abholzen und verwertete das Holz, wobei ihm nur die plötzlich eingetretene schlechte Holzkonjunktur einen kleinen Strich durch die Spekulationsrechnung machte.

Das abgeholzte Land aber bot er mit einem Riesengewinn der preussischen Landbesitzungs-Gesellschaft zum Kauf an,

er verkaufte also einen von ihm mit geschenkten staatlichen Mitteln erworbenen Besitz mit Gewinn wieder an den Staat zurück. Er benutzte die Gelder der Osthilfe zu einem üblen Spekulationsgeschäft.

Wohl und Richter schreien nach Polizei

Nach der Niederlage in Steinzeifen kündigt Wohl „größere Mittel“ an

Wir berichteten, daß eine von dem ADB in Steinzeifen (Kiesengebirge) einberufenen Erwerbslosenversammlung den sozialdemokratischen Referenten Wohl aus Hirschberg und die Versammlungsleiterin Richter zum Rückzug zwang und einmütig in einer Entschließung zum Ausdruck brachte, daß die Erwerbslosen von Steinzeifen in den sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteizentralen nicht Interessvertreter der Erwerbslosen, sondern Stützen des Brüning'schen Aus Hungerungskurses seien.

Unter dem 13. Februar besitzt nun der Wohl, der fluchtartig die Versammlung in Steinzeifen verlassen hatte, die Unverschämtheit, aus den sicheren vier Wänden seines Büros an die Redaktion der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau einen Bericht zu schicken, der seine wahre Gesinnung offenbart. In diesem Bericht lesen wir unter anderem:

„Es war zuweilen, als ob eine Herde wilder Affen losgelassen worden wäre. Daß bei dieser Zusammenkunft an eine sachliche Auseinandersetzung kaum zu denken war, ist erklärlich. Insbesondere war die Genossin Richter die Zielscheibe schamhaftester Anwürfe. Leider war nicht ein einziger Polizeibeamter anwesend. Eine kleine Zahl von Beamten würde ausgereicht haben, um einen anderen Verlauf der Versammlung zu garantieren.“

Also, Polizei wollten Herr Wohl und Fräulein Richter haben. Das selbe sagt auch Severing. Und dann wundern sich diese Leute noch, wenn die Erwerbslosen mit ihnen nichts zu tun haben. Ueber die Ausführungen des RGD-Diskussionsredners wird in dem Bericht geschrieben:

„... empfiehlt der RGD-Mitglied — einfach und schlicht — die sofortige Enteignung der Kapitalisten und Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft. So lügt man den Erwerbslosen wider besseres Wissen etwas vor und macht ihnen Aussagen, die sich vorläufig gar nicht erfüllen lassen.“

Sowohl der RGD-Diskussionsredner sprach von der Enteignung der Kapitalisten und betonte, daß das der einzige Ausweg aus der

Krise sei. Ebenso scharf betonte er aber, daß der Aufbau des Sozialismus nicht ein Werk von einem Tage ist. Den Beginn des Aufbaues könne und müsse man sofort in Angriff nehmen.

Der Bericht des Sozialdemokraten Wohl schließt mit folgenden Worten: „Vor allem aber lehrte ihnen die Versammlung, daß es Menschen gibt, denen mit Vernunft und Sachlichkeit nicht beizukommen ist, denen gegenüber vielmehr andere, größere Mittel angewendet werden müssen. Es soll in Zukunft in dieser Hinsicht manches Verfaulnis nachgeholt werden.“

Das ist nichts anderes als eine offene Drohung. Na, als Wohl in der Versammlung bei den Erwerbslosen war, da wagte er nicht, zu drohen. Jetzt aus seinem Büro aus dem Wege des Briefes droht er. Nun, die revolutionären Arbeiter sind zu allem gerüstet. Sie kämpfen Argument gegen Argument, wenn aber der Gegner zu „größeren Mitteln“ greift, wie es Herr Wohl bezeichnet, dann wird eben mit noch größerem Geschick geantwortet.

Rein Lohnabbau im polnisch-oberschlesischen Bergbau-Revier

Kattowitz, 17. Februar. Nachdem die Arbeitgeber im oberschlesischen Bergbau eine zehnprozentige Lohnherabsetzung angestrebt haben, hat nunmehr der Arbeits- und Wohlfahrtsminister den Schiedsspruch der Schlichtungskommission für verbindlich erklärt, der

Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März

Heraus zum revolutionären Wettbewerb der Frauendelegierten!

Nach dem leuchtenden Beispiel der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die sich in den Fabriken und Kollektiven zu Stoßbrigaden zusammengeschlossen haben und sich gegenseitig zum sozialistischen Wettbewerb herausfordern, um das Tempo im sozialistischen Aufbau zu beschleunigen und den Fünfjahrplan in vier Jahren durchzuführen, hat das Reichsamt für den Frauenbeschäftigten, einen revolutionären Wettbewerb der Frauendelegierten einzuleiten zur beschleunigten Durchführung der Aufgaben, die der 2. Reichskongress gestellt hat.

Das Ziel des Wettbewerbs ist: Eine Massenmobilisation der werktätigen Frauen zum Internationalen Frauentag und in Verbindung damit zum Internationalen Kampftag gegen die Weltwirtschaftskrise am 25. Februar zu erreichen. Die Hauptstütze soll auf die Betriebe konzentriert werden. Die Frauendelegierten müssen der Motor bei den Betriebsrätewahlen sein. Kein Betrieb mit weiblicher Belegschaft ohne Arbeiterinnen auf den roten Einheitslisten der RGD.

Im Kampf gegen den Faschismus gibt es gleichzeitig eine Massenbewegung gegen den Papstbrief zu entfalten, unter den Lösungen: Kampf um die Befreiung und Gleichberechtigung der Frauen, für

gleichen Lohn, für gleiche Arbeit, für den Siebenstundentag mit Lohnausgleich, für ausreichenden Schutz für Mutter und Kind, für die Streichung des Paragraphen 218, für die Befreiung von der Arbeit acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung bei voller Weiterbezahlung des Lohnes, für den Kampf um Arbeit und Brot und Freiheit.

- Herausgefordert zum Wettbewerb haben sich die Bezirke:
- Südbayern mit Oberschlesien,
 - Nordbayern mit Schlesien,
 - Mittelsachsen mit Ostpreußen,
 - Hessen-Frankfurt mit Nordwest,
 - Saargebiet mit Baden-Württemberg,
 - Hessen-Waldeck mit Magdeburg,
 - Sachsen mit Wasserlande,
 - Berlin mit Ruhrgebiet,
 - Halle-Mecklenburg mit Thüringen.

Die drei besten Bezirke im Wettbewerb erhalten je eine rote Fahne, gestiftet von den Arbeiterinnen der Saargebiet.



Görlitz

Die bevorzugten Rüdiger - Gaststätten bieten jedem das Beste!

Albert Matzke, Fischmarkt 2/3
Lederlager für Sattler und Schuhmacher

Görlitzer Bürgerbräu
1408 In Qualität unübertroffen!

Ihre Einkäufe Gut und billig nur im KAUFHAUS ZUM STRAUSS HUDOLPH KARSTADT A. G. GÖRLITZ

Elektro-Montage-Gesellschaft m b H., Berliner Str. 26
1646 Preiswert: Radio, Beleuchtungskörper, Elektrische Anlagen

Landeskron-Drogerie, Max Eckart, Landeskronstr. 20
1648 Lack- und Farbentachmann

Wäschehaus HERMANN JUNGE, Marienplatz Nr 6
gegenüber dem Dicken Turm
Bettwäsche / Tischwäsche / Leibwäsche / Trikotagen / Wollwaren
Kleider- und Wäschestoffe / Gardinen 1285



Die besten Röstkaffees sowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre, Zigarren u. Zigaretten, kaufen Sie in nur ersten Qualitäten preiswert und am vor- teilhaftesten bei 6 Prozent in Marken Alfred Klingenberg Komm.-Ges. Berliner Str., Ecke Hospitalstr. Elisabethstraße, Ecke Klosterstr. 127

Theodor Wagner, Drogenhandlung
1024 Weberstraße Ecke Beckerstraße

Eduard Bischoff, Elisabethstraße 14/15
1929 Uhren, Gold- u. Silberwaren - Reparaturwerkstatt

Elisabeth-Drogerie L. Heinemann
1831 Elisabethstraße 11a, neben Knolle

P. HERZMANN
Weiß-, Brot- und Feinbäckerei
Bautzener Straße 51 1512

GUSTAV LANGE
Schwarzenstraße 1 1403

JELSENKELDER
Bismarckstraße 3 1405
Verkehrskolleg der Arbeiterschaft

Reserviert

Sanitäts- und Bandagengeschäft
J. ERHARDT
Hospitalstraße 43 1414
Lieferant sämtlicher Berufs- und Krankenkassen

Reserviert

DESTILLATION / WEINHANDLUNG
F. USEMANN
10 Weberstraße 10 1289

Max Benhin Görlitz, Jakobstr. 33
Bandagen
Celbbinden / Gummistümpfe / Fußbelagen
Lieferant aller Krankenkassen und Genossenschaften 1408

Bruno Schulze, Untermarkt 3
1404 Wäsche, Weiß- u. Wollwaren - Herren-Artikel

Rolenthal & Groß
Ausschnitt:
Berliner Straße Nr. 15 (Felix Printzer)
Petersstraße Nr. 4
Großdestillation und Weinhandlung

RESERVIERT

Fritz Lange
Rohfleischerer
Nonnenstraße Nr. 5
1409

Damen-Frisier-Salon K. GRIEGER
Brüderstraße 16 1514

SÄMEREIEN
Alfred Frenzel Nachfl.
Elisabethstraße 17 1517

Kommen Sie in die Reichs-Apothek, Mollkestraße 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versich. aller Krankenkassen erhalten
weitgehendstes Entgegenkommen! 1678

Spezial-Betten-Intergeschäft
B. SCHOLZ, Krüchelstr. 3
Ruf 3331
Moderne Bettenreinigung 1518

RESERVIERT

Landeskronen - Brauerei - Ausschank
Inh.: F. Nopper 1923

WÄSCHE-FRENZEL
Schulstraße 7 (an der Berliner Straße) 1926

Lebensmittelhaus GRUBER
Bautzener Straße 57 1928

Kauft Fahrräder u. Ersatzteile nur bei
THEODOR DÜRSEL, Obermarkt 1-2 1643

E. Buder
Kolonialwaren
Lebensmittel
Rothenburger Str. 11
1918

Hüte, Mützen, Pelze
preiswert, reell
Felix Hensel
Große Kirchstraße 16
1771
Butter, Eier, Käse
Heinrich Scholz
Hospitalstraße 4
2081

Eduard Temler
Sanitäts-Gummi-
waren-Geschäft
neer. 180
Damenbedienung
Brüderstraße 6
1098

Reserviert

G. Sieros
Nikolaistr. 11
Prager Str. 3
Molkerei-Produkte
Lebensmittel
1.01

W. Nilsche
Görlitz
Emmerichstr. 63
ff. Fleisch
u. Wurstwaren
1691

L. Klimm
Bautzener Str. 41
Lebensmittel
619

R. Kalus
Brot- und
Feinbäckerei
Kröhlstraße 22
1522

E. Stöcker
Bautzener Str. 10
Fleisch-
und Wurstwaren
1671

Spezialgeschäft für
Fleisch- und
Räucherwaren
P. STACHE
Landeskronstraße 15
1519

Salon Ellger
Boguraße 22
1619

Max Ennemann
Landeskronstr. 23
Fleisch
und Wurstwaren
1607

Alfred Mühle
Konsulstraße
Feine Fleisch-
und Wurstwaren
1616

Fr. Kujau
Görlitz
Konsulstraße 35
Fleisch-
u. Wurstwaren
1679

60 in blauen Marken
auf Briketts u. Strohkohlen
bei
Maffenbacher
Lüdenring 1b
1788

RESERVIERT

Aug. Seidel
Bautzener Straße
Brunnenstr. 1
Wäsche, Wollwaren
Kleider, Schürzen
1615

P. HERZMANN
Weiß-, Brot- und Feinbäckerei
Bautzener Straße 51 1512

GUSTAV LANGE
Schwarzenstraße 1 1403

JELSENKELDER
Bismarckstraße 3 1405
Verkehrskolleg der Arbeiterschaft

Reserviert

Sanitäts- und Bandagengeschäft
J. ERHARDT
Hospitalstraße 43 1414
Lieferant sämtlicher Berufs- und Krankenkassen

Reserviert

DESTILLATION / WEINHANDLUNG
F. USEMANN
10 Weberstraße 10 1289

RESERVIERT

Landeskronen - Brauerei - Ausschank
Inh.: F. Nopper 1923

WÄSCHE-FRENZEL
Schulstraße 7 (an der Berliner Straße) 1926

Lebensmittelhaus GRUBER
Bautzener Straße 57 1928

Kauft Fahrräder u. Ersatzteile nur bei
THEODOR DÜRSEL, Obermarkt 1-2 1643

G. MENZEL
Görlitz, Apothekergasse 3
Rechtschlichter 1407

ERNST SEIDEL, Demianiplatz 19/20
Fahrräder - Nähmaschinen - Große
Auswahl - Reparaturwerkstatt 1642

LOWEN DROGERIE
Herbert Lange
Weberstraße 12, Ecke Elisabethstraße 1930

DROGEN - PARFUMERIEN
Apotheker Felix Neuberger
Mittelstraße 7 1927

Tellerrahm! Damen-, Herren- u. Kinder-
Konfektion
OPITZ & IKROPICZ
Jakobstr. 16, Ecke Bahnhofstr.
2096

Auf Teilzahlung! Garderobe für Herren
und Damen / Möbel und Pelzwaren
I. BRUCK, Hospitalstraße 3, part.
2097

Café SENFTLEBEN, Sohrstr. 9
Konditorei
Bäckerei 1640

Strehlen
Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner 1548

Willst Dich gut und billig nähren,
Mußt Du fleißig Milch verzehren!
Görlitzer Molkerei / Molkerei Sohrneundorf / Molkerei Schlauroth
Molkerei Schönau A.-G. / Molkerei Weißbach 1435

Grünberg

E. HERRMANN
Leinen- und Baumwollwaren
Baufedern, Bettfederreinigung
Berliner Straße 57 1666

MÖBEL
kauft ihr preiswert bei
OTTO SCHULZ, Burgstr. 17
1697

PAUL GÖTZE Tel. 88
Weine, Spirituosen, Tabakwaren
Wein- und Bierstuben 1679

P. PHILIPP
Wäsche u. Trikotagen, Holzmarktstr. 26
1673

W. GRAU
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe preiswert und gut
1675

AD. WUNDERLICH
Spielwaren aller Art / Wand- und
Küchengeräte / Geschirrkunst
RING 34 1677

Willi Mühle
Bäckerei
Café und Konditorei
Breite Straße 49
1607

Brot- u. Feinbäckerei
Gustav Helbig
Breslauer Straße 10c
1608

Fritz Baumgart
Molkerei-Erzeugnisse
Berliner Straße 1
Telephon 737
1597

Herbert Schellenberg
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 10c
1598

Reinhard Jaekel
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 25 d
1598

Wurst- und Fleischwaren
Präparatfabrik
Wilhelm Heptner
Niederstraße 15.11
1600

Lebensmittel-
Geschäft
E. Nilsche
Breite Straße 14
1596

August Litzke
Beste Bezugsquelle
in Trauben-
und Beerensorten
Spirituosens aller Art
11 417 524
Versand nach allen Orten

Lederhandlung
Otto Pockrandt
Holzmarktstraße 12
Säbdiv. fischer
Led.-Ausschnitt
Schuhbedarfs-Artikel
1608

Biochemie
Diätetik
Richard Mattern
Lessestr. 48
1674

Otto Fiedler
Niederstraße 17
1674

Holz, Mützen, Pelzwaren
billigste Bezugsquelle
1904

Feinbäckerei
Relhard Holinski
Holzmarktstr. 4
1601

Arbeitskleidung
Jacken -osen, Mäntel
Georg Müller
Fleischerstraße Nr. 1
1567

Trinkt Grünberger
Bergschloß - Biere 1688

ELTWI
Installationen, Apparate
Beleuchtungskörper, Niederstr. 12
1650

Modehaus Guffeld
Breite Straße 3 1675
Ist Ihre beste Einkaufsquelle

Stadtsparkasse Grünberg i. Schl.
1641 mit Bankabteilung

Grünberger Speditions-
gesellschaft m. b. H. Tel. 272
Spedition / Möbeltransport / Kohlen
1909

„Reinschmeckende Traubensorten, lose und
in Flaschen, zu bekannt billigen Preisen“
ALBERT PIRKE 1976
Obst- und Weinhandlung
Burgstraße 5 / Versand nach allen Orten!

W. ZILLMER
Pose Nachf., Niederstraße 28
reinigt, kräft.
wäscht, plüschert alles
1972

GUSTAV STAUB
Beste Bezugsquelle
für
Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
Berufskleidung 1592

AUG. GÖRNTD, Breite Straße 1
Seit 20 Jahren bekannt als reell
und billig 1898

GEORG APT
Fruchtsaftpresserei, Likörfabrik
Wein- und Zigarrenhandlung
FRAUSTADT / MARKT 17
Telephon 66 1920

Preiswert und gut
kauft ihr
Möbel, Teppiche
Kinderwagen rei
Reserviert

Max Spingarn
Zweifelmerstr. 3
1919

S. FRANKENSTEIN & CO.
Wollwaren, Wäsche
Trikotagen, Herrenartikel
1526

Emil Berndts Ww.
Hüte, Mützen / Damaskleider und -mäntel
1692

P. GNEUSS / Lebensmittel
Andreasstraße 2 1693

Inserate in unserer Zeitung haben guten Erfolg!